

# **Allgemeine Bedingungen für den Zugang zum Verteilernetz der KNG- Kärnten Netz GmbH**

(Allgemeine Verteilernetzbedingungen)

genehmigt durch die Energie-Control Austria am 18.02.2015

gemäß § 28 GWG 2011, BGBl. I Nr. 107/2011

## Übersicht

I.	Gegenstand.....	4
II.	Begriffsbestimmungen.....	5
III.	Anschluss an das Verteilernetz und Kapazitätsänderung (Netzzutritt).....	5
IV.	Antrag auf Netzzugang und Abschluss des Netzzugangsvertrages.....	7
V.	Besondere Bestimmungen für den Hausanschluss.....	8
VI.	Druckregeleinrichtungen.....	10
VII.	Gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung.....	11
VIII.	Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung; Zutrittsrecht.....	12
IX.	Informationspflichten zum Betrieb und Vorgangsweise bei Störfällen sowie Versorgungsunterbrechungen.....	12
X.	Netzdienstleistungen.....	13
XI.	Einspeisung und Entnahme.....	14
XII.	Messung.....	15
XIII.	Lastprofil.....	19
XIV.	Wechsel des Versorgers.....	20
XV.	Qualität der Netzdienstleistung.....	20
XVI.	Datenschutz und Geheimhaltung.....	21
XVII.	Übermittlung und Verwaltung von Daten.....	22
XVIII.	Systemnutzungsentgelt.....	24
XIX.	Rechnungslegung.....	25
XX.	Zahlung und Verzug.....	27
XXI.	Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen).....	28

## Allgemeine Verteilernetzbedingungen

---

XXII. Vorauszahlung und Sicherheitsleistung .....	29
XXIII. Mess- und Berechnungsfehler .....	29
XXIV. Vertragsdauer.....	30
XXV. Ordentliche Kündigung bei unbefristeten Netzzugangsverträgen .....	31
XXVI. Auflösung aus wichtigem Grund .....	31
XXVII. Aussetzung der Vertragsabwicklung, Abschaltung.....	32
XXVIII. Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen.....	35
XXIX. Teilunwirksamkeit, Höhere Gewalt .....	35
XXX. Rechtsnachfolge.....	35
XXXI. Haftung, Schad- und Klagloshaltung.....	36
XXXII. Vertragsstrafe.....	37
XXXIII. Gerichtsstand .....	38
XXXIV. Sonstige Bestimmungen.....	38
 Anhang 1: Begriffsbestimmungen	
 Anhang 2: Technische Mindestanforderungen für Anschlussleitungen (unternehmensspezifisch)	

## I. Gegenstand

- (1) Die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen (AB VN) regeln das den Netzzugang betreffende Rechtsverhältnis zwischen dem Verteilernetzbetreiber und dem Netzbenutzer und bilden einen integrierenden Bestandteil des Netzzugangssowie des Netzzutrittsvertrags. Die AB VN umfassen
  - a) den Netzzutritt (erstmaliger Anschluss oder Kapazitätsänderung); und
  - b) den Netzzugang (Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen; Einspeisung von Erdgas in das Netz, Entnahme von Erdgas aus dem Netz).
- (2) Die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen enthalten die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner, auch im Zusammenhang mit dem Netzzugang zu den dem Verteilernetz vorgelagerten Leitungen und im Falle eines Antrags auf Kapazitätserweiterung durch den Netzbenutzer.
- (3) Der Verteilernetzbetreiber verpflichtet sich im Netzzugangsvertrag, dem Netzbenutzer gemäß diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen, den Regeln der Technik, den jeweils geltenden Systemnutzungsentgelten und allfälliger gesetzlich zulässiger Zuschläge sowie unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen, der auf Basis des GWG 2011 erlassenen Verordnungen sowie der Sonstigen Marktregeln den Netzzugang zu gewähren. Alle genannten Rechtsgrundlagen, einschließlich der jeweils geltenden Systemnutzungsentgelte, sind auf der Homepage der Regulierungsbehörde (<http://www.e-control.at/de/recht>) veröffentlicht.
- (4) Der Netzbetreiber hat die Regeln der Technik zur Sicherstellung eines sicheren und zuverlässigen Gasnetzbetriebes iSd § 133 iVm § 7 (1) Z 53 GWG 2011 einzuhalten.
- (5) Der Netzbetreiber hat überdies gemäß den Bestimmungen des GWG 2011 und den darauf basierenden Verordnungen die erforderlichen Daten zu ermitteln, evident zu halten und anderen Marktteilnehmern zu übermitteln, wobei wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich zu behandeln sind.
- (6) Der Netzbenutzer verpflichtet sich, den Netzzugang nur gemäß den in Ziffer 3 genannten Bestimmungen in Anspruch zu nehmen und die Systemnutzungsentgelte gemäß Punkt XVIII zu bezahlen.
- (7) Informationsübermittlungen der Netzbenutzer über Anlagen des Netzbetreibers bedürfen der gesonderten Vereinbarung.

## II. Begriffsbestimmungen

- (1) Die in den Allgemeinen Verteilernetzbedingungen verwendeten Begriffe sind den Sonstigen Marktregeln, Kapitel 1, zu entnehmen.

## III. Anschluss an das Verteilernetz und Kapazitätsänderung (Netzzutritt)

- (1) Der Netzzutrittswerber oder ein Bevollmächtigter hat die erstmalige Herstellung oder die Änderung des Netzanschlusses beim Netzbetreiber zu beantragen. Der Netzbetreiber ist für die betriebsbereite Erstellung der Anschlussleitung vom Netzanschlusspunkt bis zum Einspeisepunkt oder Ende des Verteilernetzes verantwortlich. Mit dem Antrag auf Netzzutritt anerkennt der Netzzutrittswerber die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen. Für die Gewährung des Netzzutritts gelten § 59 GWG 2011 sowie die entsprechenden Bestimmungen der Gas-Marktmodellverordnung 2012. Die Anlage des Netzbenutzers ist grundsätzlich mit dem System des Verteilernetzbetreibers am technisch geeigneten Punkt, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Netzbenutzers zu verbinden. Bei der Ausarbeitung des Anschlusskonzeptes sind jedoch die technischen Zweckmäßigkeiten, insbesondere die Vermeidung von technischen Überkapazitäten, die Versorgungsqualität und die wirtschaftlichen Interessen aller Netzbenutzer im Hinblick auf die Verteilung von Netzkosten auf alle Netzbenutzer sowie die berechtigten Interessen des anschlusswerbenden Netzbenutzers angemessen zu berücksichtigen sowie die gesetzlichen Anforderungen an den Verteilernetzbetreiber hinsichtlich Ausbau, Betrieb und Sicherheit seines Netzes zu beachten.
- (2) Bei Neuanlagen (Versorgungsleitung in unmittelbarer Nähe) sind für Haushalts- und Gewerbekunden zumindest die folgenden Schritte zu setzen:
- Netzzutrittsantrag nach AB VN;
  - Projektierung mit Kostenermittlung durch den Netzbetreiber;
  - Einreichung für Grabarbeiten bei MA oder Gemeinde durch den Netzbetreiber oder Netzbenutzer abhängig von der Eigentumsgrenze;
  - Vorlage diverser Dokumente zur Kundenanlage beim Netzbetreiber, wie beispielsweise Druckprobe und Kaminbefund
  - Montage der Messeinrichtung(en) nach abgeschlossenem Netzzugangsvertrag (gemäß Punkt XII).
- (3) Von Antrag auf Netzzutritt bis zur Montage des Gaszählers kann ein Zeitraum von ca. 3 Monaten, abhängig von der Erteilung einer Bewilligung der jeweiligen Behörde (in der Bausaison im Winter nur bedingt Außenarbeiten möglich), veranschlagt werden.

- (4) Im Falle von zusätzlich erforderlichen Genehmigungen zur Querung von Bundesstraßen, Schienen, Gewässern etc. kann sich die Zeit bis zur Montage des Gaszählers zusätzlich verlängern.
- (5) Im Falle einer Verminderung oder Erhöhung von Kapazitäten hat der Netzbenutzer den Netzbetreiber darüber zu informieren, dass er über seine derzeitige Anlage in Zukunft höhere oder geringere Kapazitäten (Änderung des Netzzugangsvertrages) nutzen wird.
- (6) Der Verteilernetzbetreiber übermittelt dem Netzbenutzer auf entsprechende Anfrage innerhalb von vierzehn Tagen ab Einlangen einen schriftlichen Kostenvorschlag gemäß § 5 Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, für den definierten Leistungsumfang für das vom Netzbenutzer zu entrichtende Netzzutrittsentgelt auf Basis von Preisen je Leistungseinheit. Der Kostenvorschlag hat – außer im Falle einer Pauschalierung gemäß § 75 Abs. 2 GWG 2011 – die wesentlichen Komponenten des zu entrichtenden Netzzutrittsentgeltes auszuweisen. Sind jedoch bei Nichtvorhandensein einer Verteilerleitung umfangreiche Erhebungen durch den Verteilernetzbetreiber notwendig, ist innerhalb von vierzehn Tagen auf die Anfrage unter Angabe einer Ansprechperson und eines konkreten Vorschlags zur weiteren Vorgangsweise zu reagieren.
- (7) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, auf vollständige Anträge auf Netzzutritt innerhalb angemessener, vierzehn Tage nicht überschreitender, Frist ab Einlangen mit einem konkreten Vorschlag betreffend die weitere Vorgehensweise – insbesondere unter Angabe einer Ansprechperson und der voraussichtlichen Dauer der Herstellung oder Änderung des Netzanschlusses – zu reagieren. Bei Vorliegen der den Mindestangaben gemäß der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012entsprechenden Informationen, ist der Antrag als vollständig zu betrachten.
- (8) Sollten die Angaben des Antragstellers für die Beantwortung durch den Verteilernetzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzbenutzer anzufordern.
- (9) Der Verteilernetzbetreiber hat mit dem Netzbenutzer eine angemessene und verbindliche Frist für die Durchführung des Netzzutritts zu vereinbaren. Wird der Netzzutritt in Abwesenheit des Netzbenutzers hergestellt, ist dieser über die Durchführung umgehend schriftlich zu informieren. Ist für die Durchführung des Netzzutritts die Anwesenheit des Netzbenutzers erforderlich, gilt Punkt X. Ziffer (5) sinngemäß.
- (10) Nach erfolgter Herstellung seines Anschlusses an das Verteilernetz oder der Abänderung eines Anschlusses infolge der Änderung der Kapazität des Netzbenutzers, hat der Netzbenutzer die Aufwendungen des Verteilernetzbetreibers, die damit unmittelbar verbunden sind, dem Verteilernetzbetreiber durch Bezahlung des Netzzutrittsentgelts abzugelten. Dieses Netzzutrittsentgelt ist gemäß § 75 GWG 2011 aufwandsorientiert zu verrechnen, wobei der Netzbetreiber eine Pau-

schalierung für vergleichbare Netzbenutzer einer Netzebene vorsehen kann.

#### **IV. Antrag auf Netzzugang und Abschluss des Netzzugangsvertrages**

- (1) Netzzugangsberechtigte, die Netzzugang begehren, haben an den Netzbetreiber, an dessen Verteilernetz die gastechnische Anlage angeschlossen ist, einen Antrag auf Netzzugang zu stellen. Grundlage für den Antrag auf Netzzugang sind die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen sowie die entsprechenden Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012.
- (2) Der Netzbetreiber hat Netzzugangsberechtigte oder deren Bevollmächtigte vor Vertragsabschluss über die wesentlichen Inhalte der AB VN zu informieren. Zu diesem Zweck ist dem Netzbenutzer ein Informationsblatt auszuhändigen. Der Netzbetreiber hat Netzbenutzern transparente Informationen über geltende Preise und Entgelte zu gewähren. Die AB VN sind dem Netzzugangsberechtigten auf Verlangen auszufolgen.
- (3) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, auf vollständige Anträge auf Netzzugang innerhalb angemessener, vierzehn Tage nicht überschreitender, Frist ab Einlangen mit einem konkreten Vorschlag betreffend die weitere Vorgangsweise – insbesondere unter Angabe einer Ansprechperson und der voraussichtlichen Dauer der Herstellung des Netzzugangs – zu antworten. Bei Vorliegen der den Mindestangaben gemäß Anlage 1 der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012entsprechenden Informationen, ist der Antrag als vollständig zu betrachten. Für bereits hergestellte Anschlüsse siehe Kapitel XIV.
- (4) Sollten die Angaben des Antragstellers für die Beantwortung durch den Verteilernetzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzzugangsberechtigten anzufordern.
- (5) Nach Annahme des Antrages auf Netzzugang durch den Verteilernetzbetreiber hat dieser den Netzzugangsvertrag umgehend dem Netzzugangsberechtigten zu übermitteln.
- (6) Bei inaktivem Anschluss und Vorlage eines Netzzugangsvertrages sowie eines Nachweises über die ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechnischen Anlage sind der Einbau eines Gaszählers und die Zuweisung eines standardisierten Lastprofils innerhalb der folgenden Fristen vorzunehmen:
  - (a) fünf Arbeitstage für Balgengaszähler G 2,5 – G 6;
  - (b) zehn Arbeitstage für sonstige Balgengaszähler;
  - (c) zwanzig Arbeitstage für Lastprofilzähler und Mengenumwerter.

Sofern eine Messeinrichtung bei Netzbenutzern mit Standardlastprofil vorhanden ist, ist innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Abschluss der Anmeldung die Anlage durch den Netzbetreiber in Betrieb zu nehmen. Zum Fall der Berufung auf die Grundversorgung vgl. Punkt XXVII Ziffer (8).

- (7) Eine Ablehnung des Netzzugangsantrags ist schriftlich zu begründen. Wird dem Netzzugangsberechtigten vom Netzbetreiber der Netzzugang gemäß § 33 Abs. 1 Z 2 GWG 2011 verweigert, kann der Netzzugangsberechtigte einen Antrag auf Kapazitätserweiterung beim Netzbetreiber einbringen. Im Übrigen gelten die entsprechenden Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012.

## **V. Besondere Bestimmungen für den Hausanschluss**

- (1) Der Netzbenutzer hat alle baulichen Voraussetzungen für die vorschriftsmäßige Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Er hat für die Hauptabsperreinrichtung einen geeigneten Platz – in Übereinstimmung mit den (auch den Regeln der Technik entsprechenden) sicherheitstechnischen Richtlinien und landesgesetzlichen Bestimmungen, mangels einer solchen Regelung an der Grundstücksgrenze – kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- (2) Der Netzbenutzer darf keine Eingriffe in die Installation des Hausanschlusses und in die sonstigen Einrichtungen des Netzbetreibers vornehmen. Die Hausanschlüsse müssen vor Beschädigung geschützt und zugänglich sein. Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausanschlusses oder der Absperreinrichtungen dem Netzbetreiber sofort mitzuteilen, sobald er diese erkennt oder soweit diese im Rahmen der gewöhnlichen Sorgfaltspflicht für den Netzbenutzer erkennbar sind. Wurden im Bereich der Anschlussleitung oder Gasanlage (z.B. Hauptabsperreinrichtung, Zähler, Druckregeleinrichtung) Veränderungen durch den Netzbenutzer vorgenommen (z.B. Überbauung oder Unzugänglichkeit der Hauptabsperreinrichtung), so ist der Netzbetreiber berechtigt, die vorschriftsmäßige Ausführung auf Kosten des Netzbenutzers herzustellen.
- (3) Das Recht der Grundstücksbenutzung gemäß Ziffer (4) und (5) ist beschränkt
  - (a) auf Erdgasleitungen und Druckregeleinrichtungen, aus welcher die Anlage des Netzbenutzers zumindest aushilfsweise mit Erdgas versorgt werden kann;
  - (b) auf Erdgasleitungen und Druckregeleinrichtungen, durch die der Wert der betroffenen Grundstücke infolge der Möglichkeit einer wirtschaftlich vorteilhaften Erdgasversorgung erhöht wird.
- (4) Wenn die Anschlussleitung auf fremden Grundstücken hergestellt werden soll, kann der Netzbetreiber verlangen, dass der Netzbenutzer eine schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers beibringt, in der sich dieser mit der Herstellung und dem Betrieb (inklusive Gestattung und Einräumung der Dienstbarkeit gemäß Ziffer (5) und Zutritt gemäß Ziffer (6)) der Anlagen einver-



standen erklärt und die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen anerkennt. Der Netzbetreiber kann von der Vorlage der Zustimmung vorläufig Abstand nehmen, wenn dem Netzbetreiber bescheinigt wird, dass der Grundeigentümer seine Zustimmung dem Netzbenutzer gegenüber verweigert, obgleich dieser aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen zu einer solchen Zustimmung verpflichtet ist. In diesem Fall muss der Netzbenutzer für etwaige Nachteile des Netzbetreibers aus dem endgültigen Ausbleiben der Zustimmung die Haftung übernehmen und auf Verlangen des Netzbetreibers eine angemessene Sicherheit leisten.

- (5) Der Netzbenutzer gestattet ohne besonderes Entgelt die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen und den Einbau bzw. die Aufstellung von gastechnischen Anlagen zum Zweck der Zu- und Fortleitung von Erdgas über bzw. auf den durch die Erdgasversorgung betroffenen Grundstücken. Der Netzbenutzer räumt auf Wunsch dem Netzbetreiber unentgeltlich die zur Sicherstellung der Anlagen und Rohrleitungen erforderlichen Dienstbarkeiten ein.
- (6) Der Netzbenutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber den Zutritt oder die Zufahrt zu den Anlagen des Netzbetreibers auf dem Grundstück des Netzbenutzers sowie Arbeiten auf diesem nach vorheriger Ankündigung – zumindest aber fünf Arbeitstage im Voraus – zu gestatten, soweit dies für die ordnungsgemäße Ausübung seiner Pflicht oder zur Abwendung von Gefahren erforderlich ist. Im Einvernehmen ist der Zutritt zu den gastechnischen Anlagen jederzeit möglich. Bei Gefahr in Verzug ist der Netzbetreiber von seiner Pflicht zur vorherigen Ankündigung befreit.
- (7) Der Netzbetreiber benachrichtigt den Netzbenutzer rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstücks. Die Inanspruchnahme hat unter tunlichster Schonung der benutzten Grundstücke und Baulichkeiten zu erfolgen. Dabei sind berechnete Interessen des Netzbenutzers zu berücksichtigen. Der Netzbenutzer verständigt den Netzbetreiber von Maßnahmen auf seinem Grundstück, die Einrichtungen des Netzbetreibers gefährden könnten.
- (8) Verlangt der Grundstückseigentümer – vorbehaltlich des Bestehens einer Dienstbarkeit oder einer sonstigen schriftlichen Vereinbarung – die nachträgliche Verlegung der Einrichtungen, wenn sie die widmungsgemäße Verwendung des Grundstücks unzumutbar beeinträchtigen, so trägt der Netzbetreiber die Kosten der Verlegung, es sei denn, die Einrichtungen dienen bzw. dienten gemäß Ziffer (5) auch der Versorgung dieses Grundstücks.
- (9) Nach Auflösung des Netzzugangsvertrages ist der Netzbetreiber berechtigt, seine Einrichtungen jederzeit von den benutzten Grundstücken zu entfernen. Wenn der Grundstückseigentümer es verlangt, ist der Netzbetreiber dazu verpflichtet, ausgenommen es besteht eine Dienstbarkeit, eine sonstige schriftliche Vereinbarung oder die Einrichtungen waren gemäß Ziffer (5) für die Versorgung des Grundstücks bestimmt. Weiters ist der Netzbetreiber berechtigt, die Benutzung der Grundstücke auch noch über eine angemessene Zeit nach Vertragsauf-

lösung fortzusetzen, soweit dies zur Aufrechterhaltung der örtlichen Versorgung notwendig ist. In den übrigen Fällen hat der Netzbetreiber das Grundstück in angemessener Zeit zu räumen und die erforderlichen Arbeiten abzuschließen.

- (10) Der Verteilernetzbetreiber kann nach Vertragsablauf soweit nach Ermessen des Verteilernetzbetreibers sicherheitstechnisch erforderlich jederzeit die Trennung der Anschlussleitung vom Verteilernetz auf Kosten des (ehemaligen) Netzbenutzers verlangen. Dabei sind die mit Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegten Entgelte zu verrechnen.
- (11) Im Rahmen der Grundbenützung hat der Netzbenutzer auf seinem Grundstück zuzulassen,
  - (a) dass Leitungen verlegt bzw. erneuert werden;
  - (b) dass Armaturen und Zubehör angebracht werden;
  - (c) dass Maßnahmen getroffen werden, die für den Bestand und Betrieb dieser Einrichtungen erforderlich sind (z.B. Freihaltung der Erdgasleitungsstrasse von Bäumen, Vermessung).

## **VI. Druckregleinrichtungen**

- (1) Der Netzbetreiber bestimmt, ob für den Anschluss der gastechnischen Anlagen ab dem Ende des Netzes der Einbau
  - (a) eines Hausdruck bzw. eines Zählerreglers oder
  - (b) einer sonstigen Druckregleinrichtungnotwendig ist. Der Netzbetreiber kann verlangen, dass der Netzbenutzer dafür einen geeigneten Platz oder Raum kostenlos zur Verfügung stellt.
- (2) Der Netzbenutzer trägt die Kosten für die Errichtung der Druckregleinrichtungen und für deren Austausch, wenn dies durch die Änderung seiner Anlage oder eine Erhöhung seines Versorgungsumfanges erforderlich wird.
- (3) Hausdruckregler und Zählerregler sind im Eigentum bzw. in der Verfügungsgewalt des Netzbetreibers und werden während der Vertragsdauer von diesem und auf dessen Kosten instand gehalten. Die ordnungsgemäße Instandhaltung von sonstigen Druckregleinrichtungen, die nicht im Eigentum bzw. in der Verfügungsgewalt des Netzbetreibers stehen, ist vom Netzbenutzer sicherzustellen.
- (4) Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausdruckreglers oder Zählerreglers dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen, sobald er

diese erkennt oder soweit diese im Rahmen der gewöhnlichen Sorgfaltspflicht für den Netzbenutzer erkennbar sind.

- (5) Soll eine nicht im Eigentum bzw. in der Verfügungsgewalt des Netzbetreibers stehende Druckregleinrichtung auch für die örtliche Versorgung benutzt werden, muss zwischen dem Netzbenutzer und Netzbetreiber das Einvernehmen hergestellt werden.

## **VII. Gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung**

- (1) Der Netzbenutzer hat die ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sicherzustellen. Informationen über die Voraussetzungen zur ordnungsgemäßen Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung erhält der Netzbenutzer beim Installateur und/oder Rauchfangkehrer. Dies bezieht sich sowohl auf Anlagen vor dem Einspeisepunkt als auch auf solche nach dem Entnahmepunkt. Ausgenommen sind die im Eigentum bzw. in der Verfügungsgewalt des Netzbetreibers stehenden Einrichtungen.
- (2) Bei der Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung einschließlich der zu verwendenden Materialien und Geräte sind die geltenden Vorschriften und die Regeln der Technik zu beachten.
- (3) Die Freigabe der Erdgaszufuhr erfolgt durch den Netzbetreiber und setzt den Nachweis durch den Netzbenutzer voraus, dass die gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung nach den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäß errichtet wurde und betriebsbereit ist (z.B. positiver Abnahmebefund). Die für die Freigabe der Erdgaszufuhr notwendigen Aufwendungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften trägt der Netzbenutzer.
- (4) Der Netzbetreiber behält sich vor, die an sein Verteilernetz angeschlossene gastechische Anlage des Netzbenutzers zu prüfen. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzer auf festgestellte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann die Beseitigung von Mängeln verlangen. Wenn Sicherheitsmängel vorliegen, ist der Netzbetreiber nicht zur Freigabe der Erdgaszufuhr verpflichtet oder kann die gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung oder Teile hiervon entsprechend Punkt XXVII Abs.2 absperren und plombieren.
- (5) Der Netzbetreiber ist berechtigt, im Fall von Vertragsverletzungen die gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung oder Teile davon abzusperrern und zu plombieren; dabei gilt die in Punkt XXVII vorgesehene Regelung.
- (6) Erweiterungen oder Änderungen der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sind dem Netzbetreiber rechtzeitig mitzuteilen. Hierfür gelten die Absätze (1) bis (4) sinngemäß. Die Änderung des Anschlusswertes bedarf eines

Antrages gemäß Punkt III. Ein solcher Antrag kann bei Gasanlagen mit einem Anschlusswert von  $\leq 10 \text{ m}^3/\text{h}$  entfallen, wenn nicht gleichzeitig eine Installation eines größeren Gaszählers erforderlich ist. Unterbleibt eine nach dieser Ziffer erforderliche Mitteilung, dann erfolgt damit eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen mit den in Punkt XXVII vorgesehenen Folgen.

### **VIII. Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung; Zutrittsrecht**

- (1) Jeder Vertragspartner hat die zu seinen Betriebsanlagen gehörenden gastechnischen Anlagen, baulichen und sonstigen Teile entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik auf seine Kosten zu betreiben und instand zu halten.
- (2) Der Netzbenutzer hat sicherzustellen, dass die gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung so betrieben wird, dass Störungen anderer gastechnischer Anlagen und störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers ausgeschlossen sind.
- (3) Der Netzbenutzer hat dem Netzbetreiber den Zutritt zu den Einrichtungen des Netzbetreibers sowie zu der an das Verteilernetz angeschlossenen gastechnischen Anlage nach vorheriger Ankündigung – es sei denn, es ist Gefahr in Verzug – zu ermöglichen, damit der Netzbetreiber die Rechte und Pflichten aus dem Netzzugangsvertrag wahrnehmen kann. Dazu zählen beispielsweise
  - (a) die Ablesung der Messeinrichtungen;
  - (b) die Instandhaltung der Einrichtungen des Netzbetreibers;
  - (c) die Erfassung und Überprüfung der technischen Einrichtungen;
  - (d) bei einschränkbaren Netzzugangsverträgen die Sicherung der Einschränkung der Netznutzung gemäß der Veranlassung des Verteilergebietsmanagers.

Die Vertreter des Netzbetreibers haben sich auszuweisen, wenn der Netzbenutzer es verlangt.

### **IX. Informationspflichten zum Betrieb und Vorgangsweise bei Störfällen sowie Versorgungsunterbrechungen**

- (1) Netzbetreiber und Netzbenutzer haben einander jene Informationen zu übermitteln, die für die Erfüllung der Vertragspflichten und die Sicherstellung der Netzintegrität der vor- und nachgeschalteten Netze erforderlich sind. Der Netzbetreib-

- ber ist verpflichtet, rechtzeitig auf mögliche Druck- und Kapazitätsengpässe hinzuweisen, insbesondere betreffend geplante Arbeiten im Verteilernetz.
- (2) Die österreichweite Gasnotrufnummer „128“ ist standardmäßig vom Netzbetreiber auf allen an den Netzbenutzer gerichteten Schriftstücken sowie auf der Startseite der Internetpräsenz des Netzbetreibers deutlich sichtbar zu veröffentlichen.
  - (3) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer regelmäßig Informationen zu Verhaltensregeln bei Gasgeruch und in Bezug auf die Gasnotrufnummer zu übermitteln sowie auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers übersichtlich und leicht auffindbar zur Verfügung zu stellen.
  - (4) Bei geplanten Versorgungsunterbrechungen und Einschränkungen der Einspeisemöglichkeit sind die betroffenen Netzbenutzer sowie deren Versorger mindestens fünf Tage vor Beginn in geeigneter Weise zu verständigen und über die voraussichtliche Dauer der Versorgungsunterbrechung oder der Einschränkung der Einspeisemöglichkeit zu informieren. Ist das Einvernehmen mit dem Netzbenutzer im Einzelfall hergestellt, kann die Benachrichtigung auch kurzfristiger erfolgen.
  - (5) Bei Auftreten eines Störfalles, welcher zu einer Beeinträchtigung der Versorgung beziehungsweise der Einspeisemöglichkeit führt, ist vom Netzbetreiber unverzüglich mit der Behandlung zu beginnen, sind die unbedingt erforderlichen Arbeiten ehest möglich zu beenden und die betroffenen Netzbenutzer über die voraussichtliche oder tatsächliche Dauer des Störfalles in geeigneter Weise zu informieren.
  - (6) Für die Behebung von im Netz des Netzbetreibers auftretenden Störfällen und für Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren in gastechnischen Anlagen im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen hat der Netzbetreiber einen 24-Stunden Notdienst sicherzustellen, der im Störfall Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bzw. zur Wiederaufnahme der Versorgung einleitet.

## **X. Netzdienstleistungen**

- (1) Der Netzbetreiber verpflichtet sich, Erdgas bis zur maximal vereinbarten Transportkapazität an den Einspeisepunkten seines Verteilernetzes zu übernehmen und am Ausspeisepunkt bereitzustellen. Für die Ermittlung der Verrechnungsmengen ist der von der Regulierungsbehörde mit Verordnung festgelegte Verrechnungsbrennwert heranzuziehen.
- (2) Zu den vom Netzbetreiber zu erbringenden Netzdienstleistungen zählen insbesondere die Steuerung des Gasflusses, die Erstellung von Erdgasbilanzen, den Ausgleich von Messdifferenzen und den Eigenverbrauch sowie die Bereitstellung von Regelenergie. Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, die Einhaltung der Fahrpläne des Netzbenutzers zu überwachen.

- (3) Der Netzbetreiber stellt die Odorierung des Erdgases in Übereinstimmung mit gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik sicher.
- (4) Der Netzbetreiber ermittelt gemäß Punkt XII die Mengen des in das Verteilernetz eingespeisten und daraus entnommenen Erdgases sowie die transportierte Leistung (Messung).
- (5) Mit dem Netzbenutzer müssen für Termine, insbesondere für die Durchführung von Reparaturen und Wartungen sowie Ablesungen, bei denen die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist, Zeitfenster von zwei Stunden vereinbart werden, wobei auf Terminwünsche des Netzbenutzers einzugehen ist.
- (6) Der Verteilernetzbetreiber hat die Einbringung von Anfragen und Beschwerden jedenfalls schriftlich und telefonisch zu ermöglichen und den Netzbenutzer darüber zu informieren. Als Mindeststandard muss die Erreichbarkeit des Verteilernetzbetreibers über eine Kundenhotline innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten gewährleistet sein.
- (7) Anfragen und Beschwerden von Netzbenutzern an den Verteilernetzbetreiber sind von diesem binnen fünf Arbeitstagen ab Einlangen zu beantworten, und dabei abschließend zu erledigen. Ist eine Erledigung innerhalb dieser Frist nicht möglich, so hat die Beantwortung zumindest über die weitere Vorgangsweise, die voraussichtliche Bearbeitungsdauer sowie die Kontaktdaten einer Ansprechperson zu informieren.
- (8) Im Falle einer Beschwerde ist der Netzbenutzer vom Netzbetreiber über die Möglichkeit der Einleitung eines Schlichtungsverfahrens gemäß § 26 E-ControlG zu informieren.
- (9) Optionale Netzdienstleistungen: Im Netzzugangsvertrag können weitere Netzdienstleistungen, wie z.B. von den technischen Ausführungsbestimmungen der Netzbetreiber abweichende Grenzwerte des Übergabedruckes, zusätzliche Verdichterleistung, Trocknung des Erdgases, Unterbrechbarkeit oder Einschränkung von Transporten (sofern dies in einer Verordnung der Regulierungsbehörde vorgesehen ist) vereinbart werden.

## **XI. Einspeisung und Entnahme**

- (1) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer die möglichen Einspeisepunkte für Erdgas und biogene Gase in sein Netz für konkrete Anlagen auf Anfrage bekanntzugeben.
- (2) Der Netzbenutzer verpflichtet sich, bei der Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die maximal vereinbarte Transportkapazität bezüglich der vertraglich vereinbarten Einspeise- bzw. Entnahmepunkte nicht zu überschreiten.

- (3) Der einspeisende Netzbenutzer verpflichtet sich, bei der Übergabe am Einspeisepunkt nur Erdgas bzw. biogene Gase, welche der Spezifikation der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 entsprechen, einzuspeisen und deren Qualität nachzuweisen. Wird die Qualitätsspezifikation oder der vereinbarte Übergabedruck nicht eingehalten, hat der Netzbetreiber das Recht, die Übernahme des Erdgases gemäß § 33 Abs. 1 Z 5 GWG 2011 zu verweigern. Der Netzbetreiber hat die Bilanzgruppenverantwortlichen des Marktgebiets, den Verteilergebietsmanager und die vorgelagerten Netzbetreiber über die Nichteinhaltung der Qualitätsspezifikation umgehend zu informieren.
- (4) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die aktuelle Drucksituation sowie den Mengendurchfluss der Netzbenutzer (Einspeiser in das Verteilernetz) an wesentlichen Einspeisepunkten des Marktgebiets dem Verteilergebietsmanager in elektronischer Form zu übermitteln. Sofern diese Daten beim Netzbetreiber nicht vorhanden sind, verpflichtet sich der Netzbenutzer, diese bereit zu stellen.

## **XII. Messung**

- (1) Der Netzbetreiber hat allen Netzbenutzern eine zuverlässige, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Erfassung der Verbrauchswerte durch die dem Netzbenutzer zugeordneten Messgeräte zu gewährleisten. Der Netzbetreiber ermittelt das Ausmaß der vom Netzbenutzer in Anspruch genommenen Netzdienstleistungen durch Messeinrichtungen. Der Netzbenutzer ist – unbeschadet der weiteren in diesem Punkt genannten Möglichkeiten der Zählerstandsbekanntgabe – berechtigt, einmal vierteljährlich dem Netzbetreiber Zählerstände bekannt zu geben. Der Netzbetreiber ist im Fall der Zählerstandsbekanntgabe verpflichtet, dem Netzbenutzer innerhalb von zwei Wochen eine zeitnahe Verbrauchsinformation zu übermitteln.
- (2) Der Verteilernetzbetreiber hat den Netzbenutzer in geeigneter Weise, zumindest auf dem der Rechnung gemäß § 127 Abs. 1 GWG 2011 beizulegenden Informationsblatt, über die Möglichkeit der Selbstablesung bei Änderungen des Energiepreises bzw. der Systemnutzungsentgelte sowie beim Versorgerwechsel zu informieren.
- (3) Mit Ausnahme von Lastprofilzählern (vgl. Ziffern (21) bis (24)) werden Messeinrichtungen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist, nach Vorankündigung in möglichst gleichen Zeitabständen (Abrechnungsperiode), zumindest aber jährlich, von Vertretern des Netzbetreibers oder auf Wunsch des Netzbetreibers oder des Netzbenutzers vom Netzbenutzer selbst abgelesen und die Messdaten in vom Netzbetreiber festgelegter und zumutbarer Form diesem übermittelt. Mindestens alle drei Jahre hat eine Ab- oder Auslesung des Zählers durch den Netzbetreiber zu erfolgen.

- (4) Dem Netzbenutzer ist vom Netzbetreiber bei Selbstablesung jederzeit die Möglichkeit einzuräumen, die Angaben zum Zählerstand auch elektronisch zu übermitteln.
- (5) Eine rechnerische Ermittlung der Messwerte ist nur in jenen Fällen zulässig, in denen der Netzbenutzer von der ihm angebotenen Möglichkeit zur Selbstablesung und Übermittlung der Daten an den Netzbetreiber keinen Gebrauch gemacht hat und ein Ableseversuch durch den Netzbetreiber aus einem Grund, der dem Verantwortungsbereich des Netzbenutzer zuzuordnen ist, erfolglos blieb. In diesem Fall ermittelt der Netzbetreiber den Verbrauch oder die Einspeisung durch Aliquotierung nach den Regelungen die durch die Regulierungsbehörde in der Verordnung über die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden.
- (6) Die Ablesung der Messeinrichtungen ist vom Netzbetreiber rechtzeitig, mindestens jedoch 14 Tage im Voraus, schriftlich anzukündigen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist. Ausgenommen davon sind Messeinrichtungen mit Lastprofilzählern. Für Terminvereinbarungen gilt Punkt X Ziffer (5). Das Recht des Netzbetreibers, Ablesestichproben ohne Vorankündigung vorzunehmen, bleibt davon unberührt. Erfolgt die Ablesung unangekündigt und in Abwesenheit des Netzbenutzers, ist dieser über die durchgeführte Ablesung unter Angabe des abgelesenen Zählerstandes umgehend in geeigneter Weise zu informieren. Der Verteilernetzbetreiber hat den abgelesenen Zählerstand innerhalb von fünf Arbeitstagen unter den Daten gemäß Punkt XVI Ziffer (4) lit (h) einzutragen.
- (7) Die Messeinrichtungen umfassen auch allfällige Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen und müssen den Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes, den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Störungen oder Beschädigungen der Messeinrichtungen, die für den Netzbenutzer erkennbar sind, hat er dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- (8) Der Netzbetreiber bestimmt gemäß den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften Art, Zahl und Größe sowie in Abstimmung mit dem Netzbenutzer den Anbringungsort der Messeinrichtungen. Er hat die Messeinrichtungen beizustellen, anzubringen, in Stand zu halten, zu eichen, nachzueichen und zu entfernen. Netzbenutzern ohne Mengenumwerter sind auf Verlangen temperaturkompensierte Zähler oder Temperaturumwerter einzubauen. Dafür erforderliche Anpassungen der Messstelle sind vom Netzbenutzer zu veranlassen und zu bezahlen. Es besteht für Netzbenutzer mit Lastprofilzählern die Möglichkeit, dass diese Einrichtungen auch vom Netzbenutzer entsprechend den Spezifikationen des Verteilernetzbetreibers beigestellt werden und vom Verteilernetzbetreiber eingebaut werden. Will der Netzbenutzer Messeinrichtungen selbst beistellen, hat er diesen Wunsch dem Netzbetreiber zeitgerecht mitzuteilen. Dieser hat daraufhin dem Netzbenutzer die hierfür geltenden Spezifikationen bekannt zu geben. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Funktion liegt aber jedenfalls in der Verantwortung des Netzbetreibers. Der Netzbetreiber legt den Zeitpunkt, an



dem die Verrechnung durch das eingebaute Messgerät anerkannt wird, fest. Wenn der Netzbetreiber den Zugang zu den Messeinrichtungen mit einem Schloss sichert, ist dem Netzbenutzer auf Wunsch ein entsprechender Schlüssel zu übergeben, um beispielsweise auch Selbstablesungen durchführen zu können.

- (9) Der Netzbenutzer hat die für die Messeinrichtungen geeigneten Plätze und die allenfalls erforderliche Energie samt Anschlussmöglichkeit auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen. An Messeinrichtungen dürfen vom Netzbenutzer keine Gegenstände und Aufkleber angebracht werden. Bei Ausfall eines Messgerätes ist dieses umgehend durch den Netzbetreiber zu reparieren bzw. durch ein Ersatzgerät zu ersetzen. Einrichtungen, welche vom Netzbenutzer beigestellt wurden, sind von diesem umgehend zu reparieren oder durch ein Ersatzgerät zu ersetzen. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Funktion hat jedenfalls durch den Netzbetreiber zu erfolgen. Der Zeitpunkt, an dem die Verrechnung durch das eingebaute Messgerät wieder anerkannt wird, ist vom Netzbetreiber festzulegen.
- (10) Der Netzbenutzer hat höchstens das in der Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegte Entgelt zu entrichten. Soweit Messeinrichtungen vom Netzbenutzer beigestellt werden, ist das Entgelt für Messleistungen entsprechend zu vermindern. Kosten für zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen, die auf Wunsch des Netzbenutzers durchgeführt oder von ihm verursacht werden, können zusätzlich zum Entgelt für Messleistungen verrechnet werden.
- (11) Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen oder die Beschädigung von Messeinrichtungen des Netzbetreibers gemäß Punkt XXXI. Der Netzbenutzer hat den Verlust, Beschädigungen oder Störungen derartiger Einrichtungen dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- (12) Wenn an einem Zählpunkt der Druck von 100 mbar überschritten wird, ist ein Mengenumwerter an den Gaszähler anzubauen. Ausgenommen davon sind Zählpunkte, an denen die Jahresmenge 400.000 kWh nicht übersteigt. Für Zählpunkte mit einem Betriebsdruck unter 100 mbar und Jahresmengen größer 3.500.000 kWh ist ebenfalls ein Mengenumwerter anzubauen. Der Netzbenutzer hat die Kosten des Anbaues nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden, zu tragen.
- (13) Der Netzbenutzer kann die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch den Netzbetreiber verlangen oder bei Eichämtern bzw. kompetenten Prüfstellen beantragen. Stellt der Netzbenutzer den Antrag auf Prüfung bei einem Eichamt bzw. einer kompetenten Prüfstelle, so hat er den Netzbetreiber von der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten sind nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden vom Netzbenutzer zu tragen. Die durch die Prüfung entstehenden Kosten fallen dem Netzbenutzer jedenfalls dann zur Last, wenn die Messeinrichtung von ihm beigestellt wurde.

- (14) Der für die Nacheichung oder aus sonstigen technischen Gründen erforderliche Wechsel der betroffenen Messeinrichtungen wird nach Terminabstimmung und auf Wunsch im Beisein des Netzbenutzers oder dessen Vertreter durchgeführt. Die Nacheichung ist vom Netzbetreiber schriftlich rechtzeitig, mindestens 14 Tage im Voraus anzukündigen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist. Für Terminvereinbarungen gilt Punkt X Ziffer (5). Ist eine Anwesenheit des Netzbenutzers nicht erforderlich, ist er zu verständigen.
- (15) Wird die Messeinrichtung vom Netzbetreiber bereitgestellt, gilt für die Nachprüfung die Kostentragungsregelung der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden.. Die voraussichtlichen Kosten setzen sich zusammen aus einmaligem Zähleraus-, Zählereinbau (Tauschzähler) und den Kosten für die Überprüfung. Die voraussichtliche Höhe der Kosten ist dem Netzbenutzer im Voraus bekanntzugeben.
- (16) Wenn aufgrund einer Änderung des Systemnutzungsentgelts oder des Energiepreises oder eines Versorgerwechsels (siehe Punkt XIV) eine Verbrauchsabgrenzung notwendig wird, kann der Netzbenutzer dem Netzbetreiber den Zählerstand ebenfalls frühestens fünf Arbeitstage vor dem Stichtag der Änderung bzw. spätestens fünf Arbeitstage danach bekannt geben. Der Netzbetreiber hat dem Versorger den Verbrauch zu übermitteln. Der Netzbetreiber hat die Angaben des Netzbenutzers auf ihre Plausibilität zu überprüfen.
- (17) Kosten für zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen, die auf Wunsch des Netzbenutzers durchgeführt oder von ihm verursacht werden, können nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden zusätzlich zum Entgelt für Messleistungen verrechnet werden. Vorhandene Schnittstellen (wie z.B. Impulsgeber, Stromausgänge) können ohne zusätzliche Kosten vom Netzbenutzer benutzt werden. Werden auf einer Messeinrichtung Daten für mehr als einen Netzbenutzer ermittelt, so hat der Netzbenutzer kein Recht, zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen zu verlangen.
- (18) Bei Fernablesung eines Lastprofilzählers hat der Netzbenutzer, wenn dies technisch möglich und zumutbar ist, dem Netzbetreiber unentgeltlich eine Leitung oder die Möglichkeit einer Leitungsführung zum öffentlichen Telefonnetz zur Verfügung zu stellen; dies gilt auch für einen etwaigen notwendigen Stromanschluss.
- (19) Der Netzbenutzer hat dafür zu sorgen, dass die Messeinrichtungen jederzeit leicht und rasch zugänglich sind. Für den Fall, dass bei Netzbenutzern ohne Lastprofilzähler die Messeinrichtungen nach zweimaliger Ankündigung voneinander unabhängiger Termine nicht abgelesen werden können, wird der Netzbetreiber die auf der letzten Jahresabrechnung basierenden Werte als Verrechnungsgrundlage heranziehen. Liegt keine Letztjahresabrechnung oder eine Verbrauchsänderung vor (z.B. durch zusätzliche Anlagen), ist der Netzbetreiber zur Schätzung berech-

tigt. Für nicht mittels Lastprofilzähler gemessene Netzbenutzer ist eine rechnerische Ermittlung durch den Netzbetreiber gemäß der Methodik der Standardlastprofile auf eine transparente und nachvollziehbare Weise vorzunehmen.

- (20) Wenn der Netzbenutzer es verlangt, ist der Netzbetreiber verpflichtet, Messeinrichtungen zu verlegen, soweit dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist. Die Kosten der Verlegung trägt der Netzbenutzer nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden. .

### Lastprofilzähler

- (21) Der Netzbetreiber hat für jeden Zählpunkt eines Netzbenutzers, dem kein standardisiertes Lastprofil nach der Verordnung gemäß § 60 GWG 2011 zuzuordnen ist, einen Lastprofilzähler (Erfassung im Stundenraster) einzubauen.
- (22) Die Speicherkapazität muss für mindestens ein Monat ausgelegt sein. Weiters sind die Daten der Lastprofilzähler mittels Fernübertragung (GPRS, Funk, WLAN, etc.) auszulesen. Eine Datenübermittlung an den Netzbetreiber hat zumindest einmal am Tag, bis spätestens 12:00 Uhr für den vorangegangenen Gastag zu erfolgen.
- (23) Die Auswahl der Lastprofilzähler hat sich nach den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu richten.
- (24) Wenn bei einem Gaszähler zusätzlich ein Mengenumwerter angebaut ist, müssen beide Zählwerte ( $\text{m}^3$  und  $\text{Nm}^3$  oder kWh) erfasst und übertragen werden. Damit bei einem Ausfall des Mengenumwerters weiterhin Daten vom Lastprofilzähler erfasst werden können, ist es erforderlich, den Impulsausgang direkt vom Zähler abzunehmen und nicht den des Mengenumwerters zu verwenden. Wenn bei einem Mengenumwerter zwei voneinander physikalisch getrennte Impulseingänge vorhanden sind und der Mengenumwerter auch als Datenspeicher eingesetzt wird, braucht kein eigener Lastprofilzähler installiert zu werden. Bei Gaszählern mit Encoderzählwerken ist eine redundante Erfassung nicht notwendig, da bei diesem System die Zuverlässigkeit wesentlich höher ist.

## **XIII. Lastprofil**

- (1) Der Netzbetreiber legt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Regeln der Technik fest, ob beim Netzbenutzer ein Lastprofilzähler eingebaut oder ihm ein Standardisiertes Lastprofil zugeteilt wird.
- (2) Die Vergabe der Standardisierten Lastprofile bzw. der Einsatz von Lastprofilzählern ist in der Verordnung gemäß § 60 GWG 2011 betreffend die Zuordnung, Erstellung, Anzahl und Anpassung von Standardisierten Lastprofilen geregelt.

#### **XIV. Wechsel des Versorgers**

- (1) Die Durchführung des Versorgerwechsels dauert höchstens drei Wochen, gerechnet ab Kenntnisnahme des Versorgerwechsels durch den Netzbetreiber und ist für den Netzbenutzer kostenlos. Das Verfahren ist im Detail in der jeweils geltenden Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 geregelt..
- (2) Der Netzbetreiber hat nach Abschluss des eigentlichen Wechsels dem bisherigen Lieferanten die für die Endabrechnung erforderlichen Verbrauchsdaten bis zum Wechseltermin innerhalb von 15 Arbeitstagen nach dem Wechseltermin zu übermitteln.
- (3) Ist eine taggenaue Ermittlung durch Fernauslesung möglich, ist diese vom Netzbetreiber durchzuführen. Ist diese nicht möglich, kann der Netzbenutzer innerhalb der in der Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 genannten Frist vor und nach dem Wechseltermin eine Selbstablesung vornehmen und den Zählerstand dem Netzbetreiber mitteilen.
- (4) Besteht im Falle des Versorgerwechsels der Netzbenutzer, der neue oder der bisherige Versorger auf eine Ablesung des Zählerstandes durch den Netzbetreiber, so hat dieser die Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann demjenigen welcher die Ablesung fordert, die in der Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegten Entgelte in Rechnung stellen. Wird die Ablesung von mehreren Marktteilnehmern gefordert, so ist die Ablesung demjenigen in Rechnung zu stellen, der den Wunsch als erster bekannt gegeben hat.
- (5) Nach Vollziehung des Versorgerwechsels oder Beendigung des Vertragsverhältnisses und nach Vorliegen der vom Netzbenutzer für die Rechnungserstellung zu liefernden Daten, ist vom Verteilernetzbetreiber innerhalb von sechs Wochen eine Zwischen- bzw. Endabrechnung durchzuführen und dem Netzbenutzer umgehend zu übermitteln. Der Netzbetreiber hat die Rechnung für die Netznutzung innerhalb von drei Wochen an den bisherigen Versorger zu übermitteln, sofern der bisherige Versorger auch die Rechnung für die Netznutzung legt.
- (6) Bei bereits hergestellten Netzanschlüssen gilt für die Beantwortung des Begehrens auf Netzzugang gemäß der Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 123 GWG 2011 bei automatisierter Prüfung eine Frist von höchstens 24 Stunden und optional weiteren 72 Stunden bei Notwendigkeit einer manuellen Prüfung.

#### **XV. Qualität der Netzdienstleistung**

- (1) Die Qualitätsstandards für die Netzdienstleistung für an das Netz angeschlosse-

ne Netzbenutzer werden in der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 festgelegt.

- (2) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer einmal jährlich in geeigneter Weise Informationen über die in der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 festgelegten Standards zu übermitteln.
- (3) Der Netzbetreiber übermittelt zur Überprüfung der Einhaltung der Standards die Kennzahlen gemäß der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 jährlich zum 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr an die Regulierungsbehörde. Diese Kenngrößen sind zudem in geeigneter Weise, jedenfalls aber auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers, von jedem Netzbetreiber individuell zu veröffentlichen.

## **XVI. Datenschutz und Geheimhaltung**

- (1) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die zur Besorgung seiner Aufgaben erforderlichen Daten des Netzbenutzers – insbesondere die gemäß den Marktregeln zu erfassenden Stamm-, Mess- und Plandaten, ausschließlich gemäß den einschlägigen bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen zu verwenden und darf diese nur im notwendigen und gesetzlich zulässigen Umfang an jene Marktteilnehmer weitergeben, soweit sie diese Daten zur Besorgung ihrer Aufgaben benötigen.
- (2) Insbesondere ist der Netzbetreiber berechtigt, allen Versorgern, die ihm glaubhaft machen, dass diese Daten für die Durchführung des Versorgerwechsels benötigt werden, die Daten des Netzbenutzers gemäß Wechselverordnung (z.B. Name, Anlageadresse, Zählpunktnummer, Verbrauchsdaten) auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Die Zustimmung des Netzbenutzers ist jederzeit widerruflich.
- (3) Der Netzbetreiber und der Netzbenutzer haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, von denen sie bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangen, vertraulich zu behandeln und dürfen sie Dritten gegenüber nicht offenlegen.
- (4) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer online die folgenden rechnungsrelevanten Daten übersichtlich zur Verfügung zu stellen oder die Anforderung dieser Daten über ein Kontaktformular auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers zu ermöglichen und diese binnen fünf Arbeitstagen elektronisch beziehungsweise auf Wunsch des Netzbenutzers auf dem Postweg zu übermitteln. Zusätzlich ist dem Netzbenutzer die Möglichkeit einzuräumen, die Übermittlung dieser Daten schriftlich oder fernmündlich anzufragen:
  - (a) Name und Vorname bzw. Firma und Adresse des Netzbenutzers;
  - (b) Anlageadresse;
  - (c) einheitliche und eindeutige Zählpunktbezeichnung;

- (d) Kennung/Identifikationsnummer der Bilanzgruppe;
  - (e) Kennung/Identifikationsnummer des Versorgers;
  - (f) Zähler, Mengenumwerter, Lastprofilzähler,;
  - (g) zugeordneter Lastprofiltyp (sofern anwendbar);
  - (h) Zählerstände, die in den letzten drei Abrechnungsjahren zu Abgrenzungen durch den Netzbetreiber herangezogen wurden;
  - (i) Verbrauch und ggf. verrechnete Leistung der letzten drei Abrechnungsjahre;
  - (j) Zugrunde gelegte Parameter zur Umrechnung von m<sup>3</sup> (Gasmenge im Betriebszustand) in kWh (Normvolumen) wie zugrunde gelegte Höhe, Zählerbauort, Verrechnungsbrennwert sowie Umrechnungsfaktor ;
  - (k) Art des Netzbenutzers (sofern zugeordnet), gemäß der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012;
  - (l) Netzebene
  - (m) Zeitpunkt der voraussichtlich nächsten Abrechnung.
- (5) Der Netzbetreiber hat die Verbrauchsund Abrechnungsdaten für eine Dauer von drei Jahren ab Verfügbarkeit für Zwecke der nachträglichen Kontrolle der Richtigkeit, Rechtmäßigkeit und für Auskünfte gegenüber dem berechtigten Netzbenutzer aufzubewahren und unentgeltlich an ihn und nur bei ausdrücklicher Anweisung durch den Netzbenutzer an einen genannten Dritten zu übermitteln.

## **XVII. Übermittlung und Verwaltung von Daten**

- (1) Die in diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen vorgesehenen Datenübermittlungen sind in der jeweiligen in den Regeln der Technik und der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 sowie den Sonstigen Marktregeln festgesetzten Art und Weise durchzuführen. Grundsätzlich dürfen erfasste Messwerte des Netzbenutzers ohne dessen ausdrückliche Zustimmung nicht an Dritte weitergegeben werden. Ausgenommen davon sind Verbrauchsdaten, welche zur Verrechnung der Systemnutzungsentgelte, Energieabrechnung des Versorgers oder für das Kapazitätsmanagement des Verteilergebietsmanager notwendig sind und deren Umfang in der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 oder entsprechenden anderen Verordnungen festgelegt sind.
- (2) Der Netzbetreiber hat sämtliche Prozesse, insbesondere in Bezug auf die von

ihm eingesetzte Informationstechnik, gegen unberechtigten Zugriff und Manipulation gemäß dem Stand der Technik abzusichern. Dies gilt insbesondere für alle Prozesse im Zusammenhang mit dem Einsatz intelligenter Messgeräte. Der Stand der Technik ist der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist; bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.

- (3) Der Netzbetreiber hat den Versorgern der an das Verteilernetz angeschlossenen Netzbenutzer die abrechnungsrelevanten Daten der entnommenen Erdgasmenge zu übermitteln.
- (4) Auf Wunsch des Netzbenutzers hat der Netzbetreiber die von Lastprofilzählern erfassten Zählerdaten dem Netzbenutzer elektronisch in dem im Marktgebiet normierten Datenformat, bei Verfügbarkeit auch innerhalb einer Abrechnungsperiode, kostenlos zur Verfügung zu stellen oder einmal pro Monat kostenlos, darüber hinaus gegen Abgeltung der Kosten, zu übermitteln. Dies gilt auch entsprechend im Fall einer nachträglichen Berichtigung von Daten. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der innerhalb der Abrechnungsperiode übermittelten Daten wird vom Netzbetreiber keine Garantie übernommen und es gilt der Haftungsausschluss.
- (5) Darüber hinaus werden Daten vom Netzbetreiber nur nach Anforderung und gegen Entgelt nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden, zur Verfügung gestellt, soweit die Datenübermittlung im jeweiligen Einzelfall gemäß § 7 Abs. 2 DSGVO 2000 zulässig ist. Das Recht des Betroffenen iSd § 4 Z 3 DSGVO 2000 auf Auskunft gemäß § 26 DSGVO 2000 bleibt unbenommen.
- (6) Netzbetreiber sind verpflichtet, innerhalb einer Frist von zwei Arbeitstagen auf Verlangen eines Netzbenutzers dessen Zählpunktsbezeichnung ihm oder einem Bevollmächtigten in einem gängigen Datenformat in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.
- (7) Für Netzbenutzer mit Lastprofilzähler werden folgende Daten beim Netzbetreiber gespeichert:
  - (a) das monatliche Lastprofil;
  - (b) vereinbartes bzw. erworbenes Ausmaß für die Inanspruchnahme des Netzes (Netznutzungsrecht) in kW und Überschreitungen dieses Netznutzungsrechts im Abrechnungszeitraum.
- (8) Die in diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen vorgesehenen Datenübermittlungen sind elektronisch gemäß der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012, den Sonstigen Marktregeln und der Verordnung gemäß § 129 Abs.6 GWG 2011 durchzuführen. Der Netzbetreiber hat Sorge zu tragen, dass die für**

die Abrechnung der Systemnutzungsentgelte verwendeten Daten vollinhaltlich mit jenen Daten übereinstimmen, die er gemäß den geltenden Marktregeln an den Versorger zu übermitteln hat.

**(9) Insbesondere übermittelt der Netzbetreiber personenbezogene Daten des Netzbenutzers**

- (a) an den vom Netzbenutzer jeweils bekanntgegebenen Versorger zum Zweck der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Versorgers gegenüber dem Netzbenutzer im dafür notwendigen Umfang, insbesondere die Messdaten für die Entgeltberechnung;
  - (b) an potentielle Versorger des Netzbenutzers, insbesondere zum Zweck der Tarifauswahl und der Angebotslegung, nur nach vorhergehender ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers im Einzelfall (z.B. durch nachgewiesene Bevollmächtigung des Übermittlungsempfängers);
  - (c) an den Verteilergebietsmanager zum Zweck der Erstellung der Verbrauchsprognosen für jene Netzbenutzer, die dem Tagesbilanzierungsregime nach der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 unterliegen;
  - (d) an die zuständige Schlichtungsstelle oder Behörde (einschließlich der Gerichte), wenn und soweit dies zu Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Netzbetreibers notwendig ist oder dazu eine gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung besteht;
  - (e) an Dritte, die dem Netzbenutzer Dienstleistungen erbringen (z.B. Energieberater), nur nach vorhergehender ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers im Einzelfall (z.B. durch nachgewiesene Bevollmächtigung des Übermittlungsempfängers).
- (10) Von den vorstehenden Bestimmungen unberührt bleibt die Überlassung von Daten an Dienstleister des Netzbetreibers gemäß § 10 DSGVO 2016.

### **XVIII. Systemnutzungsentgelt**

- (1) Der Netzbenutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber gemäß § 72 GWG 2011 das in der jeweils geltenden Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegte Entgelt zuzüglich allfälliger gesetzlicher Zuschläge, Steuern und Abgaben zu bezahlen. Sollten keine Systemnutzungsentgelte verordnet sein, hat der Netzbenutzer das angemessene Entgelt zu entrichten.
- (2) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer beim Abschluss eines Netzzugangsvertrages ein Preisblatt mit den vom Netzbetreiber verrechneten Nebenleistungen (z.B. Überprüfungen, Mahnspesen) zu übergeben und an geeigneter Stelle im In-



ternet zu veröffentlichen.

- (3) Für optionale Netzdienstleistungen gelten die in der Verordnung der Regulierungsbehörde festgelegten Entgelte.

## **XIX. Rechnungslegung**

- (1) Die Abrechnung der periodischen Systemnutzungsentgelte (Netznutzungsentgelt und Entgelt für Messleistungen) durch den Netzbetreiber erfolgt durch Monatsrechnungen oder Jahresrechnungen mit zwischenzeitlichen Abschlagszahlungen gemäß Punkt XXI. Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd Konsumentenschutzgesetzes (KSchG), bedarf eine monatliche Abrechnung der Zustimmung des Netzbenutzers. Eine monatliche Abrechnung ist auch ohne Zustimmung des Netzbenutzers zulässig, wenn diese auf tatsächlich abgelesenen Zählerständen beruht. Auf Anfrage ist dem Netzbenutzer eine unterjährige Abrechnung zu gewähren.
- (2) Die Rechnungslegung der periodischen Systemnutzungsentgelte hat spätestens sechs Wochen nach der für die Abrechnungsperiode relevanten Zählerstandsermittlung zu erfolgen. Der Netzbetreiber hat die Rechnung über die Systemnutzungsentgelte innerhalb von drei Wochen an den Versorger zu übermitteln, sofern der Versorger auch die Rechnung über die Netznutzung legt.
- (3) Der Beginn der Abrechnungsperiode wird vom Netzbetreiber festgelegt und in geeigneter Weise bekannt gegeben. Eine Änderung der Abrechnungsperiode (z.B. durch Verschiebung des Ableszeitpunktes) ist dem Netzbenutzer vor der Umstellung anzuzeigen.
- (4) Auf allen Rechnungen sind die Pflichtbestandteile gemäß § 126 GWG 2011 anzuführen. Zusätzlich sind die der Rechnung zugrunde gelegte Höhe und der Zählereinstellung anzugeben. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer online einen direkten Verweis auf das Kontaktformular zur Einholung von Informationen zu den verrechnungsrelevanten Daten des Netzbenutzers gemäß Punkt XVI Ziffer (4) anzugeben.
- (5) Wenn eine Vereinbarung zwischen Versorger, Netzbetreiber und Netzbenutzer betreffend die Anwendung des „Vorleistungsmodells“ gemäß RZ 1536 und RZ 1536a UStR 2000 vorliegt, ist die Rechnungsausstellung bzw. -übermittlung in einer Form vorzunehmen, die es dem Versorger ermöglicht, gemäß § 12 UStG den Vorsteuerabzug vorzunehmen. Die Rechnungen werden in diesem Fall direkt an den Versorger des Netzbenutzers gesendet. Der Versorger bezahlt diese Rechnung und legt an den Netzbenutzer eine Gesamtrechnung bestehend aus Energie- und Netzentgelten. Der Versorger wird durch die Anwendung des Vorleistungsmodells nicht Schuldner des Netzbetreibers. Der Netzbetreiber hat die den Rechnungen zugrunde liegenden Daten im in den Sonstigen Marktregeln festge-

- legten Format dem Versorger elektronisch zu übermitteln, wobei sichergestellt sein muss, dass die übermittelten Daten der Netzrechnungen (insbesondere hinsichtlich der verbrauchten Energie) mit den übermittelten Daten der entnommenen Energie übereinstimmen.
- (6) Für die Erstellung einer vom Netzbenutzer gewünschten Zwischenabrechnung oder eines vom Netzbenutzer gewünschten Kontoauszuges bzw. einer Saldenbestätigung oder dgl. wird vom Verteilernetzbetreiber ein Betrag nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden in Rechnung gestellt.
  - (7) Bei jeder Änderung der Systemnutzungsentgelte ist eine Zonenaliquotierung und, wenn der Zählerstand nicht bekannt ist, eine rechnerische Verbrauchsabgrenzung vorzunehmen. Diese ist bei Anlagen ohne Lastprofilzähler vom Netzbetreiber nach der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden (siehe Punkt XVIII) durchzuführen.
  - (8) Gibt ein Netzbenutzer dem Netzbetreiber den Zählerstand frühestens fünf Arbeitstage vor Ende der Abrechnungsperiode oder vor der Entgeltänderung bzw. spätestens fünf Arbeitstage danach bekannt, so hat der Netzbetreiber diesen Wert, sofern er plausibel erscheint, zur Verbrauchsermittlung heranzuziehen.
  - (9) Im Falle einer rechnerischen Verbrauchsermittlung hat der Netzbetreiber auf Wunsch des Netzbenutzers die Aliquotierung gemäß den temperaturgewichteten standardisierten Lastprofilen dem Netzbenutzer transparent und rechnerisch nachvollziehbar darzustellen.
  - (10) Weicht eine rechnerische Verbrauchsermittlung anhand standardisierter Lastprofile von den tatsächlichen Werten ab und werden die tatsächlichen Werte vom Netzbenutzer zeitnah bekannt gegeben, so ist eine unentgeltliche Rechnungs-korrektur vorzunehmen.
  - (11) Eine elektronische Übermittlung der Rechnungen ist auf Wunsch des Netzbenutzers zulässig, das Recht des Netzbenutzers auf Rechnungslegung in Papierform darf jedoch vertraglich nicht ausgeschlossen werden.
  - (12) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer die Informationen gemäß Ziffer (2) sowie sämtliche gespeicherten, ihn betreffenden Verbrauchsdaten der letzten zwölf Monate auf Anfrage an ihn bzw. bei ausdrücklicher Anweisung an einen genannten Dritten unentgeltlich zu übermitteln.
  - (13) Netzrechnungen werden vom Verteilernetzbetreiber in seinem Abrechnungssystem binnen zwei Arbeitstagen ab Einlangen des Ansuchens um Rechnungskorrektur korrigiert und in korrigierter Form dem Netzbenutzer umgehend übermittelt, sofern dem Netzbetreiber alle für die Durchführung der Rechnungskorrektur erforderlichen Informationen vorliegen.

- (14) Sollten die Angaben für die Bearbeitung des Ansuchens um Rechnungskorrektur durch den Netzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzbenutzer anzufordern.
- (15) Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses und nach Vorliegen der vom Netzbenutzer für die Rechnungserstellung zu liefernden Daten ist vom Netzbetreiber innerhalb von sechs Wochen eine Endabrechnung durchzuführen und dem Netzbenutzer umgehend zu übermitteln. Der Netzbetreiber hat die Rechnung für die Netznutzung innerhalb von drei Wochen an den bisherigen Versorger zu übermitteln, sofern der bisherige Versorger auch die Rechnung für die Netznutzung legt.

## **XX. Zahlung und Verzug**

- (1) Zahlungen der Netzbenutzer sind abzugsfrei auf ein vom Netzbetreiber bekannt gegebenes Konto zu leisten. Ebenso sind allfällige Bankrückläuferspesen udgl. vom Netzbenutzer zu bezahlen. Dem Netzbenutzer ist die Möglichkeit zur Barzahlung offener Forderungen sowie einer allfälligen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung (Punkt XXII) zumindest innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten einzuräumen. Für die Inanspruchnahme der Barzahlungsmöglichkeit dürfen dem Netzbenutzer keine Kosten verrechnet werden.
- (2) Die monatlichen Teilzahlungen sind bis jeweils 5. d. M., die Rechnungen bzw. Zahlungsaufforderungen betreffend Abschlagszahlungen sind innerhalb von zwei Wochen ab Postaufgabe- oder Versanddatum (elektronische Datenübertragung, Fax usw.) fällig. Für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist für den Beginn der Zahlungsfrist der Zugang der Rechnung oder Zahlungsaufforderung maßgeblich.
- (3) Einsprüche gegen Rechnungen berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder Zahlungsverweigerung hinsichtlich unstrittiger Teile der Rechnungssumme. Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen ist nur für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Netzbetreibers oder mit Ansprüchen zulässig, die im rechtlichen Zusammenhang mit der Verbindlichkeit des Netzbenutzers stehen, die gerichtlich festgestellt oder anerkannt worden sind.
- (4) Bei Zahlungsverzug können ab dem der Fälligkeit folgenden Tag Verzugszinsen bis zur Höhe von 5,5 Prozentpunkten über den von der Österreichischen Nationalbank verlautbarten Basiszinssatz sowie bei Unternehmergeschäften in der Höhe von acht Prozentpunkten über dem Basiszinssatz verrechnet werden. Daneben sind auch die für Mahnungen, für durch den Netzbenutzer verschuldete Rechnungsberichtigungen sowie für die Montage eines Pre-Paymentzählers entstehenden Kosten gemäß Preisblatt zu bezahlen sowie etwaige zusätzlich notwendige tatsächlich entstandene Kosten außergerichtlicher Betreibungsmaßnahmen zu vergüten, soweit ein Verschulden des Netzbenutzers vorliegt, soweit diese zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig sind und in einem angemess-

senen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen (§ 1333 Abs 2 ABGB). Im Falle der Beauftragung eines Rechtsanwalts hat der Netzbenutzer die Kosten gemäß dem jeweils geltenden Rechtsanwaltstarifgesetz, im Falle der Beauftragung eines Inkassobüros die Kosten nach Aufwand zu bezahlen, wobei diese nicht über den Höchstsätzen der jeweils geltenden Inkassogebührenverordnung liegen dürfen. Für nicht automatisierbare Verbuchungen von Zahlungseingängen (z.B. Verwendung von nicht EDV-lesbaren Zahlscheinen und unvollständig übermittelten Formularen bei Telebanking) ist der Netzbetreiber berechtigt, für den Mehraufwand einen angemessenen Pauschalbetrag, maximal jedoch EUR 3,-- pro erforderlicher Zahlungsbuchung in Rechnung zu stellen.

- (5) Sofern der Versorger auch die Rechnung über die Netznutzung legt, ist der Netzbetreiber bei Zahlungsverzug des Netzbenutzers mit der Netz- und Energierechnung berechtigt, die auch ihm als Netzbetreiber obliegende Durchführung des Mahnverfahrens gemäß nach Punkt XXVII Ziffer (3) dem Versorger zu übertragen.
- (6) Einlangende Zahlungen werden zuerst für bereits eingeforderte Positionen wie Verzugszinsen, Mahnspesen, Inkassospesen oder dgl. und schließlich für rückständige Kapitalforderungen nach der Reihenfolge Ihrer Fälligkeit verwendet.

## **XXI. Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen)**

- (1) Der Netzbetreiber kann Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen) verlangen, wenn die Netzdienstleistungen über mehrere Monate abgerechnet werden. Dabei ist eine Zahlung zumindest zehnmal jährlich anzubieten. Die Abschlagszahlungen werden sachlich und angemessen auf Basis des Letztjahresverbrauches in kWh tagesanteilig berechnet und dabei die aktuellen Netznutzungsentgelte zugrunde gelegt. Bei der erstmaligen Berechnung der Teilbetragsvorschreibungen nach Abschluss eines Netznutzungsvertrages, bemessen sich die Abschlagszahlungen nach den Verbrauchsangaben des Netznutzers. Liegt kein Jahresverbrauch und keine Verbrauchsangabe des Netzbenutzers vor, werden die Teilbetragsvorschreibungen nach den durchschnittlichen Netzdienstleistungen für vergleichbare Netzbenutzer berechnet. Macht der Netzbetreiber oder der Netzbenutzer eine andere Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen glaubhaft, so muss dies angemessen berücksichtigt werden.
- (2) Die der Teilbetragsberechnung zugrunde liegende Energiemenge in kWh ist dem Netzbenutzer schriftlich oder auf dessen Wunsch elektronisch mitzuteilen. Die schriftliche Mitteilung kann auch auf der Jahresabrechnung oder auf der ersten Teilzahlungsvorschreibung erfolgen.
- (3) Ergibt die Jahresabrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen geleistet wurden, so muss der Netzbetreiber den übersteigenden Betrag mit den nächsten Abschlagsforderungen verrechnen oder auf Wunsch des Netzbenutzers rückerstaten. Die zukünftigen Abschlagszahlungen sind iSd Ziffer (1) entsprechend anzu-

passen. Beträge, die niedriger sind als die Abschlagsforderungen für zwei Monate, können nach Ermessen des Netzbetreibers auch gegenverrechnet werden.

- (4) Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd KSchG, so ist dem Netzbenutzer auf seinen Wunsch die Möglichkeit einer Ratenvereinbarung (max. Dauer beträgt ein Jahr) ohne Mehrkosten einzuräumen, wenn die Abrechnung ergibt, dass die Abschlagszahlungen ordnungsgemäß entrichtet, aber aus Verschulden des Verteilernetzbetreibers zu gering bemessen wurden.

## **XXII. Vorauszahlung und Sicherheitsleistung**

- (1) Der Netzbetreiber kann Vorauszahlung verlangen, wenn nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles zu erwarten ist, dass der Netzbenutzer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht zeitgerecht nachkommt (z.B. wenn der Netzbenutzer mit einer Zahlung trotz wiederholter Mahnung in Verzug ist oder gegen den Netzbenutzer das gerichtliche Ausgleichs- oder das Reorganisationsverfahren eröffnet wird). Die Aufforderung zur Vorauszahlung hat schriftlich zu erfolgen und ist zu begründen. Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Rechnungsbetrag des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder nach dem durchschnittlichen Rechnungsbetrag vergleichbarer Netzbenutzer und darf die Teilbetragszahlungen für einen Zeitraum von drei Monaten nicht übersteigen. Wenn der Netzbenutzer glaubhaft macht, dass sein Rechnungsbetrag für die zukünftige Abrechnungsperiode erheblich geringer sein wird, ist dies angemessen zu berücksichtigen.
- (2) Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Netzbetreiber die Leistung einer Sicherheit (Barsicherheit, Bankgarantie, Hinterlegung von nicht vinkulierten Sparbüchern) verlangen. Die Bestimmungen der vorhergehenden Ziffer gelten sinngemäß. Der Netzbetreiber kann sich aus der Sicherheit bezahlt machen, wenn der Netzbenutzer im Verzug ist und nach Mahnung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Sicherheit ist vom Netzbetreiber umgehend an den Netzbenutzer zurückzustellen, wenn die Voraussetzungen für ihre Leistung wegfallen. Bei ordnungsgemäßer Begleichung der Zahlungen über einen Zeitraum von sechs Monaten ist die Sicherheitsleistung jedenfalls zurückzustellen bzw. von einer Vorauszahlung abzusehen, solange nicht erneut ein Zahlungsverzug eintritt. Bei einer Barsicherheit ist diese zum jeweiligen Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank zu verzinsen.
- (3) Wird eine Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung gefordert, hat jeder Netzbenutzer ohne Lastprofilzähler, stattdessen das Recht auf Nutzung eines Zählgerätes mit Prepayment-Funktion soweit dies sicherheitstechnisch möglich ist.

## **XXIII. Mess- und Berechnungsfehler**

- (1) Wird eine fehlerhafte Messung oder eine fehlerhafte Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so muss ein dadurch entstandener Differenzbetrag nach den folgenden Bestimmungen erstattet oder nachgezahlt werden.
- (2) Ansprüche auf Erstattung oder Nachzahlung sind auf den Ablese- oder Abrechnungszeitraum beschränkt, der der Feststellung des Fehlers vorangegangen ist. Darüber hinaus sind Ansprüche auf Erstattung oder Nachzahlung nur berechtigt, soweit die Auswirkung des Fehlers mit Gewissheit über einen längeren Zeitraum festgestellt werden kann. Keinesfalls erfolgt eine Berichtigung über drei Jahre hinaus. Ist die Auswirkung des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Netzbetreiber die Einspeisung oder Entnahme nach Schätzung unter billiger Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und wenn möglich aufgrund der vorjährigen Einspeisung oder der vorjährigen Entnahme.
- (3) Wurde das Ausmaß der Netzdienstleistungen über die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen hinaus fehlerhaft, nicht vollständig oder überhaupt nicht gemessen und kommt es auch zu keiner einverständlichen Festlegung durch die Vertragsparteien, ermittelt der Netzbetreiber die Netzdienstleistungen nach einem der folgenden Verfahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse:
  - (a) Heranziehung der Messwerte einer allenfalls vorhandenen Kontrolleinrichtung;
  - (b) Berechnung der durchschnittlichen Netzdienstleistungen gemäß Ziffer (4);
  - (c) Schätzung aufgrund der in einem vergleichbaren Zeitraum beanspruchten Netzdienstleistungen;
  - (d) Berücksichtigung außergewöhnlicher Umstände in der Sphäre des Netznutzers, die zu nicht nur geringfügigen Abweichungen vom bisherigen Nutzungsverhalten führen (z.B. längere Ortsabwesenheit).
- (4) Bei der Berechnung der durchschnittlichen Netzdienstleistungen im Sinne des Ziffer (3) werden die durchschnittlich beanspruchten Netzdienstleistungen vor der letzten fehlerfreien Erfassung, und die durchschnittlich beanspruchten Netzdienstleistungen nach Feststellung des Fehlers zugrunde gelegt.

#### **XXIV. Vertragsdauer**

- (1) Soweit nicht anderes vereinbart ist, wird der Netzzugangsvertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der Netzzugangsvertrag kann eine automatische Vertragsverlängerung vorsehen, sofern ein entsprechender aufrechter Versorgungsvertrag besteht und dieses dem Netzbetreiber in geeigneter Weise nachgewiesen wird. Auf das Erfordernis des Nachweises des aufrechten Lieferverhältnisses innerhalb einer durch den Netzbetreiber vorgegebenen Frist, den Umstand der damit ver-

bundenen automatischen Vertragsverlängerung und die damit verbundene folgende Vertragslaufzeit ist im Netzzugangsvertrag gesondert hinzuweisen.

## **XXV. Ordentliche Kündigung bei unbefristeten Netzzugangsverträgen**

- (1) Der Netzbenutzer kann den Netzzugangsvertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Ende eines jeden Monats schriftlich kündigen.
- (2) Die Kündigung des erstmalig abgeschlossenen Netzzugangsvertrages für einen Entnahmepunkt ist erstmals nach Ablauf eines Jahres zulässig. Davor ist eine ordentliche Kündigung nur gemäß Ziffer (3) zulässig.
- (3) Lässt der Netzbenutzer den Haushalt oder eine Betriebsstätte auf oder wurde der Hausanschluss zehn Jahre durchgehend nicht benutzt, so wird vermutet, dass er den Netzzugangsvertrag nicht mehr aufrechterhalten will, soweit keine gegenteilige schriftliche begründete Erklärung des Netzbenutzers vorliegt. Der Netzbetreiber und der Netzbenutzer können in diesem Fall den Vertrag nach vorheriger Ankündigung kündigen. Der Netzbetreiber ist daraufhin berechtigt, den Hausanschluss auf eigene Kosten abzubauen.
- (4) Die zur Absicherung der Investitionen, welche mit der Stattgebung des Antrages auf Kapazitätserweiterung ausgelöst werden, nach den Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 vereinbarte Zahlung für die (teilweise) Nichtinanspruchnahme der gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragten Anschlussleistung ab dem vertraglich vereinbarten Beginn des Netzzuganges im Ausmaß der Nichtinanspruchnahme ist vom Netzbenutzer auch im Falle einer Kündigung zu entrichten.

## **XXVI. Auflösung aus wichtigem Grund**

- (1) Das Recht beider Vertragspartner zur Auflösung des Netzzugangsvertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (2) Ein wichtiger Grund liegt für den Netzbetreiber insbesondere dann vor, wenn
  - (a) sich der Netzbenutzer – trotz eines durchgeführten Mahnverfahrens nach Punkt XXVII Ziffer (3) – mit der Erfüllung einer Zahlungsverpflichtung in Verzug befindet;
  - (b) der Netzbenutzer trotz erfolgter Mahnung nach Punkt XXVII Ziffer (3) die Verletzung wesentlicher anderer Pflichten aus diesem Vertrag nicht beendet;
  - (c) ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendecken-

den Vermögens abgewiesen wird;

- (3) Der Netzbetreiber hat den Versorger über die Vertragsbeendigung zeitgerecht zu informieren.

## **XXVII. Aussetzung der Vertragsabwicklung, Abschaltung**

- (1) Jeder Vertragspartner darf seine Verpflichtungen aus dem Netzzugangsvertrag einschließlich der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen dann aussetzen und insbesondere die Netzdienstleistungen unterbrechen, wenn der andere Vertragspartner die Bestimmungen des Vertrages verletzt und nicht bloß eine geringfügige und alsbald behebbare Zuwiderhandlung vorliegt.
- (2) Als Zuwiderhandlungen, die eine sofortige Aussetzung der Vertragsabwicklung ohne Einhaltung eines qualifizierten Mahnverfahrens gemäß Ziffer (3) rechtfertigen, gelten:
- (a) Abweichungen des Netzbenutzers von vereinbarten Fahrplänen, soweit hierdurch die Aufgabenerfüllung eines Netzbetreibers oder des Verteilergeschäftsmanagers wesentlich beeinträchtigt wird;
  - (b) unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen durch den Netzbenutzer;
  - (c) unzulässige Einwirkungen auf das Netz oder sonstige Einrichtungen eines Vertragspartners (insbesondere Manipulation von Messeinrichtungen);
  - (d) sicherheitstechnische Mängel der Anlagen eines Vertragspartners bei unmittelbar drohender Gefahr.
- (3) Alle übrigen Zuwiderhandlungen wie z.B. Nichterfüllung fälliger Zahlungsverpflichtungen (Zahlungsverzug, Verweigerung einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung) berechtigen den Netzbetreiber nur dann zur physischen Trennung der Netzverbindung (Abschaltung), wenn dem eine zweimalige Mahnung inklusive jeweils mindestens zweiwöchiger Nachfristsetzung vorangegangen ist. Die zweite Mahnung hat auch eine Information über die Folge einer Abschaltung des Netzzuganges nach Verstreichen der zweiwöchigen Nachfrist sowie über die damit einhergehenden voraussichtlichen Kosten einer allfälligen Abschaltung zu enthalten. Bei jeder Mahnung hat der Netzbetreiber auf die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Beratungsstelle des bestehenden Energieversorgers, soweit diese gemäß § 127 Abs. 7 GWG 2011 einzurichten ist, hinzuweisen. Die letzte Mahnung hat mit eingeschriebenem Brief zu erfolgen (qualifiziertes Mahnverfahren). Der Netzbetreiber hat den Versorger zeitgerecht über die Aussetzung zu informieren.
- (4) Der Netzbetreiber ist über Ziffer (2) hinaus berechtigt, seine Verpflichtungen oh-



- ne Einhaltung eines qualifizierten Mahnverfahrens gemäß Ziffer (3) auszusetzen oder einzuschränken
- (a) um eine unmittelbare, auch bloß vermutete Gefahr für Personen oder Sachen abzuwenden;
  - (b) bei einer durch höhere Gewalt oder sonstige, nicht in seinem Bereich liegende, Umstände bedingten Verhinderung der Erbringung der Netzdienstleistungen;
  - (c) bei einem drohenden oder bereits eingetretenen Netzzusammenbruch;
  - (d) wenn dies durch die Befolgung behördlicher Anordnungen, Auflagen usw. erforderlich ist;
  - (e) bei Durchführung betriebsnotwendiger Arbeiten;
  - (f) auf Anweisung des Verteilergebietsmanagers;
  - (g) auf Anweisung des Bilanzgruppenverantwortlichen bei Beendigung der unmittelbaren Mitgliedschaft zu einer Bilanzgruppe ohne gleichzeitige Bekanntgabe der Mitgliedschaft zu einer neuen Bilanzgruppe oder bei Unterlassen der Meldung der Nichtzugehörigkeit zu einer Bilanzgruppe;
  - (h) auf Anweisung des Versorgers bei Beendigung des Energieliefervertrages oder Aussetzung der Belieferung mit Erdgas. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzer über die Konsequenzen eines fehlenden Energieliefervertrages und die Kosten einer Abschaltung nach Maßgabe der Verordnung gemäß § 123 GWG 2011 zu informieren. Eine rechtzeitige Vorlage eines neuen Energieliefervertrages verhindert die Abschaltung.
- (5) Jeder Vertragspartner hat sobald wie möglich, außer im Fall der Ziffer (4) lit. (h) und unbeschadet der Bestimmungen in der Verordnung gemäß § 123 GWG 2011 (vgl. Punkt XIV), spätestens aber 24 Stunden vor der Aussetzung seiner Verpflichtungen den anderen Vertragspartner hiervon zu verständigen. Betrifft die Aussetzung einen größeren Kreis von Netzbenutzern, gibt der Netzbetreiber die Aussetzung in ortsüblicher oder vertraglich festgesetzter Weise bekannt. Die Verpflichtung zur fristgerechten Verständigung entfällt, wenn sie nach den Umständen nicht oder nicht rechtzeitig möglich sind.
- (6) In jedem Fall darf die Aussetzung oder die physische Trennung nur solange dauern, bis die sie begründenden Ursachen zu bestehen aufgehört haben oder beseitigt worden sind, spätestens jedoch bis zum darauf folgenden Arbeitstag. Die Kosten des Netzbetreibers für die Aussetzung, physische Trennung und Wiedereinschaltung der Anlage treffen – soweit ein Verursacher nicht festgestellt werden kann – den Netzbetreiber. Der Netzbenutzer hat keinen Ersatzanspruch für allfällige im Zusammenhang mit der rechtmäßigen Aussetzung, physischen Trennung

und Wiedereinschaltung der Anlage entstandene Kosten.

- (7) Beruft sich ein Verbraucher iSd KSchG oder ein Kleinunternehmer gegenüber einem Versorger auf das Recht auf Grundversorgung gemäß § 124 GWG 2011, ist der Netzbetreiber zur Netzdienstleistung, unbeschadet allfälliger bis zu diesem Zeitpunkt ausständiger Zahlungen, verpflichtet. Der Netzbetreiber kann jedoch die Netzdienstleistung von einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung (bei Verbrauchern iSd KSchG in der Höhe von max. einer Teilbetragszahlung für einen Monat) abhängig machen. Beruft sich ein Netzbenutzer auf das Recht auf Grundversorgung und wird erneut mit Zahlungen säumig, ist der Netzbetreiber bis zur Bezahlung dieser ausstehenden Beträge zur Abschaltung berechtigt. Ziffer 3 (Mahnverfahren) gilt sinngemäß. Der Netzbenutzer kann die Abschaltung abwenden, indem er sich zur Vorausverrechnung mittels Prepaymentfunktion für künftige Netznutzung und Energielieferung verpflichtet. Der Netzbetreiber kann die Prepaymentzahlung ausschließlich aus sicherheitstechnischen Gründen ablehnen. Die Vorausverrechnung mit Prepaymentzahlung ist bei Kleinunternehmen mit einem Lastprofilzähler nicht zulässig.
- (8) Beruft sich ein Netzbenutzer auf das Recht auf die Grundversorgung gemäß § 124 GWG 2011, ist sinngemäß das Verfahren einer Anmeldung heranzuziehen mit der Maßgabe, dass die Inbetriebnahme innerhalb eines Arbeitstages zu erfolgen hat.
- (9) Eine im Rahmen der Grundversorgung eingerichtete Prepaymentfunktion ist auf Wunsch des Netzbenutzers zu deaktivieren, wenn der Netzbenutzer seine im Rahmen der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände beim Versorger und Netzbetreiber beglichen hat oder wenn ein sonstiges schuldbefreiendes Ereignis eingetreten ist.
- (10) Im Rahmen der Prepaymentfunktion können auf Wunsch des Netzbenutzers die in der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände über einen Zeitraum von sechs Monaten über die Prepaymentfunktion bezahlt werden. Auf Wunsch des Netzbenutzers können die Rückstände auch über einen kürzeren Zeitraum bezahlt werden.
- (11) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer die Wiederherstellung des Netzzugangs nach Abschaltung in Folge von Zahlungsverzug spätestens am nächsten Arbeitstag nach durch den Netzbenutzer nachgewiesener Einzahlung der offenen Forderung oder einer allfälligen Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung unter Beachtung des Punkt XXII und XXVII sowie unter der Voraussetzung eines aufrechten Erdgaslieferungsvertrags anzubieten und durchzuführen.
- (12) Abschaltungen in Folge von Zahlungsverzug dürfen nicht am letzten Arbeitstag vor Wochenenden oder gesetzlichen Feiertagen vorgenommen werden.

## **XXVIII. Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen**

- (1) Sollte infolge künftig erlassener Gesetze, Verordnungen oder behördlicher Entscheidungen die Netznutzung unmittelbar oder mittelbar verteuert oder verbilligt werden, so erhöhen bzw. ermäßigen sich die Preise ab dem Zeitpunkt, in dem die genannten Umstände wirksam werden, auf die sich danach ergebende Höhe. Durch Verordnung festgesetzte Fixpreise gelten daher unmittelbar für dieses Vertragsverhältnis.
- (2) Werden gegenüber dem Zeitpunkt des Abschlusses des Netzzugangsvertrages geänderte Allgemeine Verteilernetzbedingungen genehmigt, hat der Netzbetreiber dies binnen vier Wochen nach der Genehmigung den Netzbenutzern in einem persönlich an sie gerichteten Schreiben bekannt zu geben und ihnen diese auf deren Wunsch zuzusenden. In diesem Schreiben oder auf der Rechnung sind die Änderungen der Allgemeinen Bedingungen und die Kriterien, die bei der Änderung nach diesem Bundesgesetz einzuhalten sind, nachvollziehbar wiederzugeben. Änderungen der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen gelten ab dem nach Ablauf von drei Monaten ab der Mitteilung folgenden Monatsersten als vereinbart.

## **XXIX. Teilunwirksamkeit, Höhere Gewalt**

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen des Netzzugangsvertrages einschließlich der vorliegenden Allgemeinen Verteilernetzbedingungen unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmungen gelten – außer bei Verbrauchern iSd KSchG – als durch solche wirksamen und gültigen Bestimmungen ersetzt, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchsetzbaren Bestimmungen bestmöglich entsprechen.
- (2) Wenn durch Einwirkungen höherer Gewalt oder aus der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben im Rahmen einer Krisenversorgung vertragliche Verpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß erfüllt werden können, so ruhen die diesbezüglichen Vertragspflichten, bis die Hindernisse und deren Folgen beseitigt werden. Als höhere Gewalt gilt jedes Ereignis, das einen/die Vertragspartner hindert, seine Verpflichtungen zu erfüllen und welches auch durch die zu erwartende Sorgfalt nicht vorauszusehen war und nicht verhindert werden konnte. Dies gilt insbesondere für Krieg, Unruhen, Streik oder Aussperrungen, Naturkatastrophen oder Feuer, Epidemien, Maßnahmen der Regierung oder ähnliche Umstände.

## **XXX. Rechtsnachfolge**

- (1) Will ein Dritter in die Rechte und Pflichten des Netzzugangsvertrages eintreten,

ist hierfür die Zustimmung des Netzbetreibers erforderlich. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Verweigerung ist schriftlich zu begründen. Erfolgt der Vertragseintritt während eines Abrechnungszeitraumes, so kann der bisherige oder der neue Netzbenutzer eine Ablesung des Verbrauchs zum Wechselstichtag durch den Netzbetreiber verlangen. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, diese Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann dafür ein Entgelt nach Maßgabe der Verordnung der Regulierungsbehörde, mit der die Systemnutzungsentgelte festgelegt werden in Rechnung stellen. Die Ermittlung des Verbrauchs durch Ablesung kann durch eine gemeinsam bestätigte Selbstablesung beider Netzbenutzer ersetzt werden. Erfolgt der Vertragseintritt während eines Abrechnungszeitraumes, ohne dass eine (End-)Abrechnung verlangt worden ist, so haften der bisherige und der neue Netzbenutzer zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten aus dem laufenden Abrechnungszeitraum. Der Netzbetreiber hat den neuen Netzbenutzer auf diesen Umstand anlässlich des Vertragsüberganges hinzuweisen.

- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich – unter der Voraussetzung der Zustimmung durch den Netzbetreiber gemäß Ziffer (1) –, alle aus dem Netzzugangsvertrag entstandenen Rechte und Pflichten verbindlich auf ihre etwaigen Rechtsnachfolger zu übertragen, soweit die Voraussetzungen für den Netzzugang erfüllt sind. Der übertragende Vertragspartner wird, unbeschadet seines Rechtes auf Kündigung, von den durch diesen Vertrag übernommenen Pflichten erst frei, wenn der Nachfolger in die Verpflichtungen dem anderen Vertragspartner gegenüber rechtsverbindlich eingetreten ist.

### **XXXI. Haftung, Schad- und Klagloshaltung**

- (1) Jeder Vertragspartner haftet dem anderen nach den allgemeinen schadensrechtlichen Vorschriften. Soweit es danach für die Haftung auf Verschulden ankommt, wird mit Ausnahme von Personenschäden und Ansprüchen nach den §§ 33 Abs. 6 GWG 2011 nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit gehaftet.
- (2) Im Falle einer Haftung des Netzbetreibers aufgrund grober Fahrlässigkeit ist die Haftung – sofern gesetzlich zulässig auf unmittelbare Schäden beschränkt. Die Haftung des Netzbetreibers für Folgeschäden, Gewinnentgang und mittelbare Schäden ist – sofern gesetzlich zulässig jedenfalls ausgeschlossen. Dieser Haftungsausschluss gilt nicht gegenüber Verbrauchern iSd KSchG.
- (3) Gestattet der Netzbetreiber dem Netzbenutzer ausdrücklich, dass auch Dritte die vertraglichen Netzdienstleistungen in Anspruch nehmen, so haftet der Netzbetreiber dem Dritten gegenüber im gleichen Umfang wie dem vertraglichen Netzbenutzer.
- (4) Durch Vornahme oder Unterlassung der Prüfung der Anlage des Netzbenutzers

sowie durch die Freigabe der Erdgaszufuhr übernimmt der Netzbetreiber keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage.

- (5) Ein Einspeiser haftet auch unabhängig von einem Verschulden für den Schaden, der dem Netzbetreiber oder Dritten (z.B. anderen Netzbenutzern) durch nicht spezifikationsgerechtes Erdgas oder nicht spezifikationsgerechtes biogenes Gas entsteht und hält diesbezüglich den Netzbetreiber schadund klaglos.
- (6) Nimmt der Netzbenutzer bei einschränkbaren Netzzugangsverträgen die Einschränkung der Netznutzung nach einer rechtzeitigen Aufforderung des Netzbetreibers nicht oder nicht im aufgeforderten Ausmaß vor, haftet der Netzbenutzer für alle Schäden, die dem Netzbetreiber oder einem Dritten (insbesondere anderen Netzbenutzern, Verteilergebietsmanagern, Bilanzgruppenverantwortliche oder Ausgleichsenergieanbietern) durch dieses vereinbarungswidrige Verhalten entstehen und hält diesbezüglich den Netzbetreiber schad- und klaglos.
- (7) Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd KSchG, ist der Netzbetreiber berechtigt, vom Netzbenutzer die Beibringung einer Haftungsübernahme im Sinne des Ziffer (5) durch dessen Versorger zu verlangen.
- (8) Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung von Messeinrichtungen des Netzbetreibers, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Der Netzbenutzer hat auch für das Verschulden seiner Mitbewohner oder Beschäftigten einzustehen.
- (9) Bei Verschulden eines Vertragspartners am Eintritt des wichtigen Grundes einer Kündigung behält sich der andere Vertragspartner vor, Schadenersatz wegen Nichterfüllung geltend zu machen.

## **XXXII. Vertragsstrafe**

- (1) Der Netzbetreiber kann eine Vertragsstrafe verlangen, wenn der Netzbenutzer unbefugt das Netz benützt. Eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen liegt vor,
  - (a) wenn Mess-, Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen umgangen oder beeinflusst werden;
  - (b) wenn die Netzdienstleistung vor der Anbringung der Mess-, Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen in Anspruch genommen wird; oder
  - (c) wenn die Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nach der Einstellung der Netzdienstleistung oder Vertragsauflösung gemäß Punkt XXVI erfolgt und die Anlage vom Netzbetreiber stillgelegt wurde.

- (2) Die Vertragsstrafe wird so bemessen, dass die Netznutzungsentgelte mit einem Zuschlag von 25 Prozent verrechnet werden. Dabei werden für die Dauer der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die Verbrauchsdaten für vergangene Abrechnungsperioden herangezogen. Liegen diese Daten nicht vor, ist vom Verbrauch vergleichbarer Anlagen auszugehen.
- (3) Die Vertragsstrafe kann für ein Jahr berechnet werden, wenn die Dauer der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nicht mit ausreichender Genauigkeit festgestellt werden kann.

### **XXXIII. Gerichtsstand**

- (1) Soweit für die aus diesem Vertrag entspringenden Streitigkeiten die Gerichte zuständig sind, entscheidet das am Sitz des Netzbetreibers sachlich zuständige Gericht, soweit die Streitigkeit nicht im Verhandlungswege oder durch ein vereinbartes Schiedsgericht bereinigt wird.
- (2) Die Bestimmung der Ziffer (1) bezieht sich nicht auf Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, die zur Zeit der Klageerhebung im Inland einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt oder den Ort der Beschäftigung haben. Der Gerichtsstand für diese Verbraucher bestimmt sich nach § 14 KSchG.
- (3) Unbeschadet der Zuständigkeit der Regulierungskommission gemäß § 12 Abs. 1 EControlG und der ordentlichen Gerichte kann sowohl der Netzbetreiber als auch der Netzbenutzer Streit- oder Beschwerdefälle, wie z.B. Streitigkeiten aus der Abrechnung von Systemnutzungsentgelten, der Regulierungsbehörde vorlegen. Die Schlichtung von Streitigkeiten durch die Regulierungsbehörde richtet sich nach den Bestimmungen des § 26 E-ControlG. Die Einleitung des Verfahrens vor der Regulierungsbehörde hemmt den Fortlauf der Verjährung.
- (4) Der Netzbenutzer kann eine Klage wegen Streitigkeiten über die aus dem Verhältnis zwischen Netzbenutzer und Netzbetreiber entspringenden Verpflichtungen, insbesondere die anzuwendenden Bedingungen und Systemnutzungsentgelte, erst nach Zustellung des Bescheides der Regulierungsbehörde im Streitschlichtungsverfahren innerhalb der in § 12 Abs. 4 E-ControlG vorgesehenen Frist (vier Wochen) eingebracht werden. Falls ein solches Verfahren bei der Regulierungsbehörde anhängig ist, kann bis zu dessen Abschluss in gleicher Sache kein Gerichtsverfahren anhängig gemacht werden.

### **XXXIV. Sonstige Bestimmungen**

- (1) Der Netzzugangsvertrag sowie allfällige Änderungen oder Ergänzungen hierzu bedürfen der Schriftform. Auf die Schriftform kann nur schriftlich verzichtet

werden. Dasselbe gilt für alle Anträge und Erklärungen, für welche in diesen Bedingungen Schriftform vorgesehen ist.

- (2) Für die Erstellung, Änderung oder Ergänzung des Vertrages sollen die vom Netzbetreiber zur Verfügung gestellten Formulare verwendet werden. Hinsichtlich Erklärungen des Netzbenutzers, die mit Telefax oder in jeder anderen technisch möglichen Weise erfolgen, kann der Netzbetreiber nachträglich eine rechtlich verbindliche Erklärung verlangen. Für schriftliche Erklärungen des Netzbetreibers kann die Unterschrift entfallen, wenn sie mit Einrichtungen der Datenverarbeitung ausgefertigt wird.
- (3) Ist der Netzbenutzer ein Verbraucher im Sinne des KSchG, sind auch mündliche, für den Verbraucher nicht nachteilige, Erklärungen des Netzbetreibers oder seines Vertreters wirksam.

## Anhang 1

### Sonstige Marktregeln Gas Kapitel 1 Begriffsbestimmungen

#### Marktregeln Gas 2013

- 1. AB-BKO**  
Allgemeine Bedingungen des Bilanzgruppenkoordinators.
- 2. Abrechnungsperiode**  
Grundsätzlich ein Zeitraum von 365 Tagen (366 Tagen).
- 3. Anbieter von Ausgleichsenergie**  
Jedes Bilanzgruppenmitglied, das die Voraussetzungen erfüllt, am Virtuellen Handelspunkt und/oder beim Bilanzgruppenkoordinator (Merit Order List) anzubieten.
- 4. Anschlussleistung**  
Maximale Leistung der angeschlossenen Gasgeräte pro Zählpunkt oder die vertraglich vereinbarte maximale Stundenleistung für den Zählpunkt in kWh/h oder Nm<sup>3</sup>/h.
- 5. Anschlussleitung**  
Siehe Hausanschluss.
- 6. Arbeitstag (AT)**  
Alle Tage mit Ausnahme von Samstagen, Sonntagen, gesetzlich vorgeschriebenen Feiertagen, Karfreitag sowie 24. und 31. Dezember.
- 7. Ausgleichsenergie 1**  
Differenz zwischen Aufbringung und Abgabe einer Bilanzgruppe je definierter Messperiode, wobei die Energie je Messperiode tatsächlich erfasst oder rechnerisch ermittelt werden kann.
- 8. Ausgleichsenergie bilanziell**  
Differenz je Bilanzgruppe zwischen allen nominierten bzw. per Fahrplan angemeldeten Gasmengen, die vom Marktgebietsmanager ermittelt wird, sowie die Differenz je Bilanzgruppe zwischen der tatsächlichen Endverbraucherabnahme und den dafür angemeldeten Endverbraucherfahrplänen, die vom Bilanzgruppenkoordinator ermittelt wird.
- 9. Ausgleichsenergie physikalisch**  
Die vom Marktgebietsmanager oder Verteilgebietsmanager tatsächlich abgerufene Ausgleichsenergiemenge.
- 10. Ausspeisepunkt**  
Ein Punkt, an dem Gas aus einem Netz eines Netzbetreibers entnommen werden kann, ausgenommen durch den Endverbraucher.
- 11. Bankverbindung, einzugsfähige**  
Bankkonto, für welches ein Einziehungsauftrag eingerichtet werden kann.
- 12. Basissicherheit**  
Haftungsanteil der Sicherheit des Bilanzgruppenverantwortlichen infolge seiner Bo-



- nitätsbeurteilung.
- 13. Betriebsdruck**  
Druck, bei dem die Leitungsanlage unter normalen Betriebsbedingungen ständig betrieben werden kann.
  - 14. Bezugsfahrplan**  
Der Fahrplan, der die Summe der geplanten Gasbezüge aller Bilanzgruppenmitglieder einer Bilanzgruppe im Stundenintervall für einen Gastag darstellt.
  - 15. Bieterkurve**  
Die preisliche Reihung von Ausgleichsenergieangeboten, welche vom Bilanzgruppenkoordinator erstellt wird (auch: Merit Order List, MOL).
  - 16. Bilanzgruppe (BG)**  
Zusammenfassung von Netzbenutzern zu einer virtuellen Gruppe innerhalb derer ein Ausgleich zwischen Aufbringung (Bezugsfahrpläne, Einspeisungen) und Abgabe (Lieferfahrpläne, Ausspeisungen) erfolgt.
  - 17. Bilanzgruppenkoordinator (BKO)**  
Der Betreiber einer Verrechnungsstelle für Transaktionen und Preisbildung für Ausgleichsenergie im Verteilernetz.
  - 18. Bilanzgruppenmitglieder (BGM)**  
Erdgasversorger oder Kunden, welche innerhalb einer Bilanzgruppe zum Zwecke des Ausgleichs zwischen Aufbringung und Abgabe von Erdgas zusammengefasst sind.
  - 19. Bilanzgruppenmitgliedschaft, mittelbare**  
Netzbenutzer und Erdgashändler, die mit einem Erdgasversorger einen Vertrag über die Lieferung von Erdgas inklusive der Organisation und Abrechnung der, sich aus der Abweichung von Verbrauch und Aufbringung ergebenden, auf sie entfallenden Ausgleichsenergie abschließen, werden jener Bilanzgruppe mittelbar zugeordnet, der ihr Versorger angehört. Diese Zuordnung wird als mittelbare Bilanzgruppenmitgliedschaft bezeichnet. In einem solchen Fall besteht keine direkte Vertragsbeziehung zwischen dem Netzbenutzer bzw. Erdgashändler und dem Bilanzgruppenverantwortlichen.
  - 20. Bilanzgruppenmitgliedschaft, unmittelbare**  
Marktteilnehmer, die mit einem Bilanzgruppenverantwortlichen einen Vertrag über die Organisation und Abrechnung der, sich aus der Abweichung von Verbrauch und Aufbringung ergebenden, auf sie entfallenden Ausgleichsenergie abschließen, sind unmittelbare Bilanzgruppenmitglieder.
  - 21. Bilanzgruppenumsatz**  
Je Bilanzgruppe und Clearingperiode, die Summe der Bezugsfahrpläne zuzüglich der bezogenen Ausgleichsenergie auf der Habenseite des Bilanzkontos oder wahlweise die Summe der Verbrauchszählwerte zuzüglich der gelieferten Ausgleichsenergie auf der Sollseite des Bilanzkontos.
  - 22. Bilanzgruppenverantwortlicher (BGV)**  
Eine gegenüber anderen Marktteilnehmern und dem Bilanzgruppenkoordinator zuständige natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, welche die Mitglieder einer Bilanzgruppe vertritt.
  - 23. BKO – Vertrag**  
Vertrag des Bilanzgruppenkoordinators mit den Marktteilnehmern für die im Rahmen

der gesetzlichen Aufgaben zu erbringenden Leistungen auf Grundlage der Allgemeinen Bedingungen des Bilanzgruppenkoordinators.

**24. Bonitätsprüfung**

Die Bonitätsprüfung eines neu zuzulassenden oder bestehenden Bilanzgruppenverantwortlichen ist die Evaluierung seiner gesamten wirtschaftlichen, gesellschaftsrechtlichen, finanziellen und personellen Lage.

**25. Börse**

Siehe „Erdgasbörse“.

**26. Buchungspunkt**

Ein im Marktgebiet befindlicher und buchbarer Ein- oder Ausspeisepunkt.

**27. Clearing, erstes**

Periodisch, zumindest monatlich stattfindende Bestimmung der Ausgleichsenergie je Clearingperiode und Bilanzgruppe mittels Saldenbildung aus der Aggregation der Fahrpläne und der Summe aus aggregierten Zählwerten (Zeitreihen gestückelt nach Clearingperiode) sowie aggregierten Lastprofilen durch den Bilanzgruppenkoordinator.

**Clearing, finanzielles**

Ermittlung der geldmäßigen Salden pro Clearingperiode und Bilanzgruppe für die Ausgleichsenergie durch die Verrechnungsstelle, sowie die Ermittlung der Salden über den gesamten Verrechnungszeitraum je Bilanzgruppe und die Erstellung der Abrechnungen für die einzelnen Bilanzgruppenverantwortlichen.

**Clearing, technisches**

Bilanzierung der in der Verrechnungsstelle eingerichteten technischen Konten pro Bilanzgruppe.

Dabei werden die von den Netzbetreibern der jeweiligen Bilanzgruppe zugeordneten Zeitreihen pro Versorger bzw. Produzent berücksichtigt.

**28. Clearing, zweites**

Die Korrektur der im ersten Clearing bestimmten Ausgleichsenergie je Bilanzgruppe auf der Basis der tatsächlich gemessenen Jahresenergie von Erzeugung und Verbrauch.

**29. Clearingintervall**

Siehe „Clearingzeitraum“.

**30. Clearingperiode**

Die kleinste Zeiteinheit (1 Stunde), für die von der Verrechnungsstelle die Preise der Ausgleichsenergie ermittelt und Mengen verbrauchter Ausgleichsenergie für das technische Clearing berechnet werden. Sie beginnt und endet jeweils zur vollen Stunde.

**31. Clearingzeitraum**

Das Intervall, für den das Clearing von der Verrechnungsstelle durchgeführt wird.

**32. Day Ahead Rates (DAR)**

Möglichkeit für Ausgleichsenergieanbieter nach Wiedereröffnung des Ausgleichsenergiemarktes zusätzliche Ausgleichsenergieangebote, im Falle des Vorhandenseins freier Speicherkapazitäten von Speicherbetreibern, zu legen.

**33. Deklaration**

Deklaration ist eine in einer Summenmessung enthaltene Teilmenge, die über Erklärung festgestellt wird. Im Fall von Gegenflusstransporten sind die entsprechen-

- den Fahrpläne gemeint; d.h. der Gegenflusstransport wird nicht gemessen, sondern aufgrund abgegebener Fahrpläne definiert.
- 34. Direktleitung**  
Eine zusätzlich zum Verbundnetz errichtete Erdgasleitung.
- 35. Drittstaaten**  
Staaten, die nicht dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beigetreten oder nicht Mitglied der Europäischen Union sind.
- 36. Eigenverbrauch**  
Jene Erdgasmenge, die ein Netzbetreiber benötigt, damit Erdgasleitungen störungsfrei betrieben werden können.
- 37. Einspeisepunkt**  
Ein Punkt, an dem Gas an einen Netzbetreiber in dessen Netz oder Teilnetz übergeben werden kann.
- 38. Einspeiser**  
Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas oder biogenes Gas an einem Einspeisepunkt zum Transport übergibt.
- 39. Einspeisung**  
Menge in Nm<sup>3</sup> oder kWh, welche in einem Abrechnungszeitraum eingespeist wird.
- 40. Einspeisung von Inlandsproduktion**  
Die Summe aller Erdgas Mengen aus Produktionsübergabestationen eines Produzenten, inklusive der Speichertätigkeit für die Erdgasgewinnung gem. MinroG.
- 41. Einziehungsfähige Bankverbindung**  
Siehe „Bankverbindung, einziehungsfähige“.
- 42. Elektronische Signatur**  
Siehe „Signatur, elektronische“.
- 43. Encoderzählwerk**  
Zählwerk mit elektronischer Schnittstelle zur Auslesung des Zählerstandes.
- 44. Endverbraucher**  
Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas für den Eigenbedarf kauft.
- 45. Energie**  
Ist das Ergebnis der Multiplikation aus Volumen mal Brennwert.
- 46. Engpassmanagement**  
Das Management des Kapazitätsportfolios des Fernleitungsnetzbetreibers zur optimalen und maximalen Nutzung der technischen Kapazität und zur rechtzeitigen Feststellung künftiger Engpass und Sättigungsstellen.
- 47. Endverbraucherfahrplan**  
Der Fahrplan, der die Summe der geplanten Gasentnahmen eines Bilanzgruppenmitgliedes einer Bilanzgruppe an den Zählpunkten darstellt, mit welchem das Bilanzgruppenmitglied dieser Bilanzgruppe angehört.
- 48. Entnehmer**  
Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas an einem Ausspeisepunkt übernimmt.
- 49. EPS**  
Abkürzung für Erdgashändler (siehe Definition „Erdgashändler“), Produzent (siehe Definition „Produzent“), Speicherunternehmen (siehe Definition „Speicherunterneh-

- men“)
- 50. Erdgasbörse**  
Ein Börseunternehmen oder eine Abwicklungsstelle für Börsegeschäfte am Erdgasmarkt.
- 51. Erdgashändler**  
Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas kauft oder verkauft, ohne innerhalb oder außerhalb des Netzes, in dem sie eingerichtet ist, eine Fernleitungsoder Verteilerfunktion wahrzunehmen.
- 52. Erdgasleitungsanlage**  
Eine Anlage, die zum Zwecke der Fernleitung, der Verteilung von Erdgas durch Rohrleitungen oder Rohrleitungsnetze oder als Direktleitungen errichtet oder betrieben wird, sofern es sich nicht um eine vorgelagerte Rohrleitungsanlage handelt; zu Erdgasleitungen zählen insbesondere auch Verdichterstationen, Molchschleusen, Schieberstationen, Messstationen und Gasdruckeinrichtungen.
- 53. Erdgasunternehmen**  
Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die in Gewinnabsicht von den Funktionen Fernleitung, Verteilung, Lieferung, Verkauf, Kauf oder Speicherung von Erdgas, einschließlich verflüssigtes Erdgas, mindestens eine wahrnimmt und für die kommerziellen, technischen oder wartungsbezogenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen verantwortlich ist, mit Ausnahme der Endverbraucher. Speicherunternehmen, Marktgebietsmanager und Verteilergebetsmanager sind Erdgasunternehmen.
- 54. Fahrplan**  
Jene Unterlage, die angibt, welche Energiemenge pro Zeiteinheit in einem konstanten Zeitraster (Messperioden) zur Endkundenversorgung oder Einoder Ausspeisung in das oder aus dem Verteilernetz vorgesehen ist.
- 55. Fahrplanrevision**  
Die Abänderung von Fahrplänen in Übereinstimmung mit den dafür vorgesehenen Marktregeln.
- 56. Fernleitung**  
Der Transport von Erdgas durch ein hauptsächlich Hochdruckfernleitungen umfassendes Netz, mit Ausnahme von vorgelagerten Rohrleitungsnetzen und des in erster Linie im Zusammenhang mit der lokalen Erdgasverteilung benutzten Teils von Hochdruckfernleitungen, um die Versorgung von Kunden zu ermöglichen, jedoch nicht die Versorgung der Kunden selbst.
- 57. Fernleitungsnetzbetreiber**  
Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Funktion der Fernleitung wahrnimmt und verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Fernleitungsnetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Transport von Gas zu befriedigen.
- 58. Gastag**  
Zeitraum, auf den Gasmengenmeldungen (Fahrpläne und Nominierungen) bezogen sind. Der Gastag beginnt gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 mit 06:00 Uhr und endet mit 06:00 Uhr des folgenden Tages.

- 59. Gaszähler**  
Ein Messgerät, mit dem die entnommene oder eingespeiste Gasmenge erfasst wird.
- 60. Gebündelte Kapazität**  
Eine Ausspeise- und damit korrespondierende Einspeisekapazität, die von einem Netzbenutzer zusammengefasst gebucht werden kann.
- 61. Gebündelte Nominierung**  
Eine einheitliche Nominierungserklärung für einen gebündelten Buchungspunkt.
- 62. Gebündelter Buchungspunkt**  
Eine Zusammenfassung eines buchbaren Ausspeisepunktes und eines buchbaren Einspeisepunktes zwischen einem inländischen und einem Ausländischen Marktgebiet, an denen Netzbenutzer gebündelte Kapazität buchen können.
- 63. Geltende Systemnutzungsentgelte**  
Die von den Netzbenutzern an die Netzbetreiber zu entrichtenden, von der Regulierungsbehörde in der Systemnutzungsentgelte-Verordnung festgesetzten Entgelte.
- 64. Geltende Technische Regeln**  
Siehe „Regeln der Technik“.
- 65. Green Card**  
Bestätigung des Marktgebietsmanagers gegenüber der Regulierungsbehörde, dass ein bestimmter Antragsteller die technischen, finanziellen und vertraglichen Voraussetzungen der Tätigkeit als Bilanzgruppenverantwortlicher für die Versorgung von Endverbrauchern im Verteilergebiet erfüllt.
- 66. Großeinspeisung**  
Physische Einspeisungen aus der Inlandsproduktion mit Einspeisungen von mehr als 100 MWh pro Stunde.
- 67. Hausanschluss**  
Jener Teil des Verteilernetzes, der die Verbindung des Verteilernetzes mit den Anlagen des Kunden ermöglicht; er beginnt ab dem Netzanschlusspunkt des zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über die Herstellung des Anschlusses bestehenden Verteilernetzes und endet mit der Hauptabsperrvorrichtung oder, sofern vorhanden, mit dem Hausdruckregler. Ein allfälliger Hausdruckregler in der Anlage des Endverbrauchers ist Bestandteil des Hausanschlusses.
- 68. Hausanschluss – inaktiv**  
Ein Hausanschluss bei dem kein Netzzugangsvertrag für diesen Anschluss zwischen Kunden und Netzbetreiber besteht.
- 69. Hauptabsperrvorrichtung**  
Die Hauptabsperrvorrichtung bezeichnet das Ende des Verteilernetzes, sofern kein Hausdruckregler montiert ist.
- 70. Hausdruckregler**  
Eine Druckregeleinrichtung im Eigentum des Netzbetreibers mit einem Druckregelbereich von einem eingangsseitigen Überdruck größer als 0,5 bar (0,05 MPa) und kleiner/gleich 6 bar (0,6 MPa) auf einen ausgangsseitigen Überdruck kleiner/gleich als 0,5 bar (0,05 MPa), sofern die Druckregeleinrichtung nicht Teil einer gewerblichen Betriebsanlage ist.
- 71. Hilfsdienste**  
Alle Dienstleistungen, die zum Betrieb eines Fernleitungs- oder Verteilernetzes erforderlich sind.

**72. Horizontal integriertes Erdgasunternehmen**

Ein Erdgasunternehmen, das von den Funktionen Fernleitung, Verteilung, Lieferung, Verkauf, Kauf oder Speicherung von Erdgas mindestens eine wahrnimmt und außerdem eine weitere Tätigkeit außerhalb des Erdgasbereichs ausübt.

**73. Hub**

Ein Knotenpunkt von Erdgasleitungsanlagen, an dem logistische und/oder kommerzielle Hubdienstleistungen erbracht werden.

**74. Hub-Dienstleistungsunternehmen**

Ein Unternehmen, das Dienstleistungen zur Unterstützung von Erdgas-Handelstransaktionen erbringt.

**75. Indirekte Stellvertretung**

Wahrnehmung von fremden Interessen im eigenen Namen.

**76. Integriertes Erdgasunternehmen**

Ein vertikal oder horizontal integriertes Erdgasunternehmen.

**77. Intelligentes Messgerät**

Eine technische Einrichtung, die den tatsächlichen Zählerstand und Nutzungszeitraum zeitnah misst und die über eine fernauslesbare Datenübertragung verfügt. Diese Geräte sind für einen flächendeckenden Einbau konzipiert und unterscheiden sich daher in Art, Anbringung und Übertragung vom Lastprofilzähler.

**78. Jahresverbrauch**

Die Menge in kWh über 365 Tage, die aus den Verbräuchen der letzten zurückliegenden Abrechnungszeiträume ermittelt wird. Liegen keine Verbrauchsdaten vor, ist eine Schätzung des Jahresverbrauchs zulässig.

**79. Kapazität**

Der maximale Lastfluss, der in Norm-Kubikmetern pro Zeiteinheit oder in Energieeinheiten pro Zeiteinheit ausgedrückt wird, auf den der Netznutzer gemäß den Bestimmungen des Transportvertrags Anspruch hat.

**80. Kapazität, fest**

Kapazität auf garantierter Basis, die nur in Fällen höherer Gewalt und bei geplanten Wartungsmaßnahmen vom Netzbetreiber unterbrochen werden kann.

**81. Kapazität, frei zuordenbar**

Eine Kapazität, die feste Transporte im gesamten Marktgebiet ermöglicht und Zugang zum Virtuellen Handlungspunkt bietet.

**82. Kapazität, dynamisch zuordenbar**

Eine Kapazität, die lediglich in Kombination mit spezifizierten Ein- bzw. Ausspeisepunkten als feste Kapazität gilt, in Kombination mit anderen Ein- bzw. Ausspeisepunkten bzw. dem virtuellen Handlungspunkt als unterbrechbar.

**83. Kapazität, gebündelt**

Eine Ausspeise- und damit korrespondierende Einspeisekapazität, die von einem Netzbenutzer zusammengefasst gebucht werden kann.

**84. Kapazität, unterbrechbar**

Kapazität, die gemäß den im Transportvertrag festgelegten Bedingungen unterbrochen werden kann.

**85. Kapazitätserweiterungsvertrag**

Eine individuelle Vereinbarung zwischen dem Netzzugangsberechtigten und einem Netzbetreiber gemäß Anhang I zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012, der die Be-

- dingungen, Rechte und Pflichten der Vertragspartner regelt, unter welchen eine Kapazitätserweiterung vorgenommen wird.
- 86. Kommerzielle Hub-Dienstleistungen**  
Dienstleistungen zur Unterstützung von Erdgas-Handelstransaktionen, wie insbesondere „Title Tracking“ (Nachvollziehen des Titeltransfers von Erdgas aus Handelsgeschäften).
- 87. Kontrahierte Kapazität**  
Die Kapazität, die der Fernleitungsnetzbetreiber einem Netznutzer durch einen Transportvertrag zugewiesen hat.
- 88. Konzernunternehmen**  
Ein rechtlich selbständiges Unternehmen, das mit einem anderen rechtlich selbständigen Unternehmen im Sinne des § 228 Abs. 3 UGB verbunden ist.
- 89. Kostenwälzung**  
Ein kalkulatorisches Rechenverfahren, welches angewendet wird, um einem Verbraucherkollektiv die Kosten aller über der Anschlussnetzebene liegenden Netzebenen anteilig zuzuordnen.
- 90. Kunden**  
Endverbraucher, Erdgashändler oder Erdgasunternehmen, die Erdgas kaufen.
- 91. Kurzfristige Dienstleistungen**  
Dienstleistungen, die der Fernleitungsnetzbetreiber für eine Dauer von weniger als einem Jahr anbietet.
- 92. Langfristige Dienstleistungen**  
Dienstleistungen, die der Fernleitungsnetzbetreiber für eine Dauer von einem Jahr oder mehr anbietet.
- 93. Langfristige Planung**  
Die langfristige Planung der Versorgungs- und Transportkapazitäten von Erdgasunternehmen zur Deckung der Erdgasnachfrage des Netzes, zur Diversifizierung der Versorgungsquellen und zur Sicherung der Versorgung der Kunden.
- 94. Lastprofil (LP)**  
Eine in Zeitintervallen dargestellte Bezugsmenge oder Liefermenge eines Einspeisers oder Entnehmers.
- 95. Lastprofilzähler (LPZ)**  
Eine technische Einrichtung, welche den tatsächlichen Lastgang im Stundenraster erfasst.
- 96. Leistungsmessung**  
eine mit einem Leistungsmessgerät durchgeführte Messung zur Ermittlung der höchsten stündlichen Belastung pro Monat.
- 97. Marktgebiet**  
Eine Zusammenfassung von Netzen unterschiedlicher Netzbetreiber, in dem ein Netzzugangsberechtigter gebuchte Kapazitäten an Ein- und Ausspeisepunkten flexibel nutzen kann.
- 98. Marktregeln**  
Die Summe aller Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis, die Marktteilnehmer im Erdgasmarkt einzuhalten haben, um ein geordnetes Funktionieren dieses Marktes zu ermöglichen und zu gewährleisten.
- 99. Marktteilnehmer**

Bilanzgruppenverantwortliche, Bilanzgruppenmitglieder, Versorger, Erdgashändler, Produzenten, Netzbenutzer, Kunden, Endverbraucher, Bilanzgruppenkoordinatoren, Fernleitungsnetzbetreiber, Verteilernetzbetreiber, Marktgebietsmanager, Verteilergebietsmanager, Speicherunternehmen, Börseunternehmen und Hub-Dienstleistungsunternehmen.

**100. Mengenumwerter**

Eine technische Einrichtung zur Umrechnung von Erdgas vom Betriebs- in den Normzustand.

**101. Merit Order List (MOL)**

Siehe „Bieterkurve“.

**102. Messdifferenz**

Jene Menge, die aufgrund von Netzverluste und Messungenauigkeiten bei Zählern in einem Verteilernetz zwischen Einspeisung und Abgabe entsteht.

**103. Messwert**

Wert, der angibt, in welchem Umfang Leistung/Menge als gemessener Leistungs-/Mengenmittelwert in einem konstanten Zeitraster (Messperiode) an bestimmten Zählpunkten in das Netz eingespeist und entnommen wurde.

**104. Mindestsicherheit**

Minimale Sicherheit, die beim Bilanzgruppenkoordinator als Basissicherheit hinterlegt werden muss.

**105. Netz**

Alle Fernleitungsoder Verteilernetze, die einem Erdgasunternehmen gehören und/oder von ihm betrieben werden, einschließlich seiner Anlagen, die zu Hilfsdiensten eingesetzt werden (z.B. Regelund Messeinrichtungen), und der Anlagen verbundener Unternehmen, die für den Zugang zur Fernleitung und Verteilung erforderlich sind.

**106. Netzanschluss**

Die physische Verbindung der Anlage eines Kunden oder Erzeugers mit dem Verteilernetz.

**107. Netzanschlusspunkt**

Die zur Entnahme oder Einspeisung von Erdgas technisch geeignete Stelle des zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über die Herstellung des Anschlusses bestehenden Netzes, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des Netzbenutzers.

**108. Netzbenutzer**

Jede natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die in ein Netz einspeist, aus einem Netz ausspeist oder daraus versorgt wird bzw. deren Anlage an ein Netz angeschlossen ist.

**109. Netzbereich**

Jener Teil eines Netzes, für dessen Benutzung dieselben Systemnutzungsentgelte gelten.

**110. Netzbereitstellung**

Mittelbare Aufwendungen des Netzbetreibers im vorgelagerten Netz zur Ermöglichung des Netzanschlusses von Netzbenutzern.

**111. Netzbereitstellungsentgelt**

Der Netzbetreiber verrechnet dem Netzbenutzer die Kosten der Herstellung des



Netzanschlusses oder bei einer Erhöhung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung für den bereits erfolgten sowie notwendigen Ausbau des Netzes zur Ermöglichung des Netzanschlusses. Ein solches Netzbereitstellungsentgelt ist dem Kunden diskriminierungsfrei nach dem Verursachungsprinzip anlässlich der erstmaligen Herstellung des Netzanschlusses oder der Änderung eines Anschlusses infolge der Erhöhung der vertraglich vereinbarten Höchstleistung einmalig als leistungsbezogener Pauschalbetrag in Rechnung zu stellen.

**112. Netzbetreiber (NB)**

Jedes Fernleitungsoder Verteilerunternehmen.

**113. Netzebene (NE)**

Ein im Wesentlichen durch das Druckniveau bestimmter Teilbereich des Netzes.

**114. Netzintegrität**

Jedwede auf ein Fernleitungsnetz, einschließlich der erforderlichen Fernleitungsanlagen, bezogene Situation, in der Erdgasdruck und Erdgasqualität innerhalb der von dem Fernleitungsnetzbetreiber festgelegten Mindestund Höchstgrenzen bleiben, so dass der Erdgasferntransport technisch gewährleistet ist.

**115. Netzkopplungspunkt**

Ein Punkt, an dem Netze verschiedener Netzbetreiber verbunden sind.

**116. Netzverluste**

Entstehen aufgrund von Undichtheiten und betriebsbedingten Abund Ausblasevorgängen in Netzen.

**117. Netzzugang**

Die Nutzung eines Netzes.

**118. Netzzugangsberechtigte**

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Netzzugang begehrt, insbesondere auch Erdgasunternehmen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

**119. Netzzugangswerber**

Eine natürliche oder juristische Person, die einen Netzzugang anstrebt.

**120. Netzzugangsvertrag**

Die nach Maßgabe des § 27 bzw. des § 31 GWG 2011 abgeschlossene individuelle Vereinbarung zwischen dem Netzzugangsberechtigten und einem Netzbetreiber, der den Netzanschlusspunkt bzw. die Einund Ausspeisepunkte und die Inanspruchnahme des Netzes regelt.

**121. Netzzutritt**

Die erstmalige Herstellung eines Netzanschlusses oder die Änderung der Kapazität eines bestehenden Netzanschlusses.

**122. Netzzutrittsentgelt**

Durch das einmalig zu leistende Netzzutrittsentgelt werden dem Netzbetreiber alle angemessenen und den marktüblichen Preisen entsprechenden Aufwendungen abgegolten, die mit der erstmaligen Herstellung eines Anschlusses an ein Netz oder der Abänderung eines Anschlusses infolge Erhöhung der Anschlussleistung eines Netzbenutzers unmittelbar verbunden sind.

**123. Neue Infrastruktur**

Neue Erdgasinfrastrukturen, das sind Verbindungsleitungen und Speicheranlagen, die bis 4. August 2003 nicht fertig gestellt worden sind.

**124. Nicht zugeordnete Kapazität**

Die Differenz zwischen der maximalen Kapazität (maximale technische Kapazität am Einspeisepunkt) an einem Einspeisepunkt und der Summe der zugeordneten Kapazitäten der Bilanzgruppenverantwortlichen am jeweiligen Einspeisepunkt.

**125. Nominierung**

Jene Energiemenge pro festgelegtem Zeitintervall, die an einem Einbzw. Ausspeisepunkt des Fernleitungsnetzes oder am Virtuellen Handlungspunkt übergeben bzw. übernommen werden soll.

**126. Norm-Kubikmeter, Normzustand (Nm<sup>3</sup>)**

Die Gasmenge, welche bei 0°C ( 273,15 K) und einem absoluten Druck von 1,01325 bar (101,325 kPa) den Rauminhalt von einem Kubikmeter ausfüllt. Sie wird in Nm<sup>3</sup> angegeben.

**127. Online-Plattform**

Die Plattform gemäß § 39 GWG 2011.

**128. Produzent**

Eine juristische oder natürliche Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Erdgas gewinnt.

**129. Physischer Engpass**

Eine Situation, in der das Ausmaß der Nachfrage nach tatsächlichen Lieferungen die technische Kapazität zu einem bestimmten Zeitpunkt übersteigt. Siehe auch vertraglich bedingter Engpass.

**130. Regeln der Technik**

Technische Regeln, die aus Wissenschaft oder Erfahrung auf technischem Gebiet gewonnene Grundsätze enthalten und deren Richtigkeit und Zweckmäßigkeit in der Praxis allgemein als erwiesen gelten; die Einhaltung der einschlägigen Regeln der Technik wird vermutet, wenn bei der Errichtung, bei der Erweiterung, bei der Änderung, beim Betrieb und bei der Instandhaltung die technischen Regeln des ÖVGW sowie die ÖNORMEN eingehalten werden.

**131. Regelenergie**

Jene Energie, die für den kurzfristigen Ausgleich von Druckschwankungen im Netz, die innerhalb eines bestimmten Intervalls auftreten, aufzubringen ist.

**132. Renominierung**

Die nachträgliche Meldung einer korrigierten Nominierung.

**133. Rest of the Day-Kapazität**

Eine Kapazität, die am Liefertag für den Rest des Liefertages gebucht werden kann.

**134. Risikomanagement**

Bonitätsbeurteilung der Bilanzgruppenverantwortlichen durch die Verrechnungsstelle, sowie die Ermittlung, Einforderung, Freigabe und Verwaltung von Sicherheiten und die Verwertung von Sicherheiten durch die Verrechnungsstelle im Falle der Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen durch Bilanzgruppenverantwortliche.

**135. Risk Management**

Siehe „Risikomanagement“.

**136. Sicherheit**

Sowohl die Sicherheit der Versorgung mit und die Bereitstellung von Erdgas als auch die Betriebssicherheit und die technische Sicherheit.

**137. Signatur, elektronische**

Ein Anhang zu einer elektronisch übermittelten Nachricht, welche durch kryptographische Maßnahmen sicherstellt, dass diese elektronische Nachricht von einem definierten Absender stammt und der Inhalt nicht verändert wurde. Im Übrigen wird auf das Signaturgesetz verwiesen.

**138. Signierte E-Mail**

Elektronische Nachricht mit Signatur.

**139. SLP-Kunde**

Ein Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von unter 400.000 kWh, dem vom jeweiligen Verteilernetzbetreiber ein standardisiertes Lastprofil zugeordnet ist.

**140. Smart Meter (SM)**

Siehe Intelligentes Messgerät.

**141. Sonstige Marktregeln (SoMa)**

Jener Teil der Marktregeln, der gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 des Bundesgesetzes über die Regulierungsbehörde in der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (Energie-Control-Gesetz – EControlG), BGBl. I Nr. 110/2010, erstellt wird und auf Grund gesetzlicher Anordnung im Wege der genehmigten Allgemeinen Bedingungen Geltung erlangt.

**142. Speicheranlage**

Eine einem Erdgasunternehmen gehörende und/oder von ihm betriebene Anlage zur Speicherung von Erdgas, mit Ausnahme des Teils, der für Tätigkeiten gemäß Mineralrohstoffgesetz genutzt wird; ausgenommen sind auch Einrichtungen, die ausschließlich Netzbetreibern bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen vorbehalten sind.

**143. Speicherunternehmen**

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Funktion der Speicherung wahrnimmt und für den Betrieb einer Speicheranlage verantwortlich ist; hierzu genügt es, dass das Unternehmen die Speicheranlage bloß verwaltet.

**144. Speicherzugangsberechtigte**

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die Speicherzugang begehrt, insbesondere auch Erdgasunternehmen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

**145. Stand der Technik**

Der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.

**146. Standardisiertes Lastprofil (SLP)**

Ein durch ein geeignetes Verfahren für eine bestimmte Einspeiser oder Entnehmergruppe charakteristisches Lastprofil.

**147. Stückelung**

Kleinste Zeitintervall, in welches Fahrpläne und Zeitreihen für Zählwertaggregate unterteilt werden.

**148. Systemnutzungsentgelt**

Das für die Einspeisung von Erdgas in ein Netz oder die Ausspeisung oder Entnahme von Erdgas aus dem Netz zu entrichtende Entgelt.

**149. Tagesband**

Einspeisung und/oder Bilanzierung von Gasmengen zur Versorgung von Endverbrauchern durch 24 gleiche Stundenwerte pro Gastag.

**150. Technische Kapazität**

Die verbindliche Höchstkapazität, die der Fernleitungsnetzbetreiber den Netznutzern unter Berücksichtigung der Netzintegrität und der betrieblichen Anforderungen des Fernleitungsnetzes anbieten kann.

**151. Transportvertrag**

Ein Vertrag, den der Fernleitungsnetzbetreiber mit einem Netznutzer im Hinblick auf die Durchführung der Fernleitung geschlossen hat.

**152. Übergabestelle**

Ein als solcher bezeichneter und vertraglich fixierter Punkt in einem Netz, an dem Erdgas zwischen Vertragspartnern ausgetauscht (übergeben) wird. Die Übergabestelle kann mit dem Zählpunkt und der Eigentumsgrenze ident sein.

**153. Variable Sicherheit**

Individualhaftungsanteil der Sicherheit des Bilanzgruppenverantwortlichen.

**154. Verbindungsleitung**

Eine Fernleitung, die eine Grenze zwischen Mitgliedstaaten quert oder überspannt und einzig dem Zweck dient, die nationalen Fernleitungsnetze dieser Mitgliedstaaten zu verbinden.

**155. Verbundenes Erdgasunternehmen**

- a) ein verbundenes Unternehmen im Sinne des § 228 Abs. 3 UGB;
- b) ein assoziiertes Unternehmen im Sinne des § 263 Abs. 1 UGB; oder
- c) zwei oder mehrere Unternehmen, deren Aktionäre ident sind.

**156. Verbundnetz**

Eine Anzahl von Netzen, die miteinander verbunden sind.

**157. Verbrauch**

Menge in Nm<sup>3</sup> oder kWh, welche in einem Abrechnungszeitraum verbraucht wird.

**158. Verbrauchsabgrenzung**

Ermittlung von Teilmengen innerhalb der Abrechnungsperiode. Die Ermittlung erfolgt durch Lastprofilzähler, nach der Methodik der Standardlastprofile, durch Selbstablesung durch den Netzbenutzer oder durch physische Ablesung durch den Netzbetreiber.

**159. Verfügbare Leitungskapazität**

Die Differenz der maximalen technischen Kapazität, die von Ein- bzw. Ausspeisepunkten über Fern- oder Verteilleitungen ab- bzw. zugeleitet werden kann, und der tatsächlich genutzten Leistung zu einem bestimmten Zeitpunkt an den Ein- und Ausspeisepunkten der jeweiligen Erdgasleitungsanlage.

**160. Verrechnungsbrennwert**

Der bei Verrechnung an Endkunden zur Ermittlung der Energiemenge herangezogene Brennwert in kWh/m<sup>3</sup>. Dieser wird in der Systemnutzungsentgelte-Verordnung festgelegt.

**161. Verrechnungsstelle für Transaktionen und Preisbildung der Ausgleichsenergie**

Eine Einrichtung, die an Hand der von Netzbetreibern und Marktteilnehmern zur Verfügung gestellten Daten die für die einzelnen Netzbetreiber und Marktteilnehmer anfallende Ausgleichsenergie ermittelt.

**162. Verrechnungszeitraum**

Intervall, in dem das finanzielle Clearing von der Verrechnungsstelle durchgeführt wird.

**163. Verschlüsselte E-Mail**

Elektronische Nachricht, deren Inhalt durch kryptographische Verfahren nur für einen berechtigten Empfänger lesbar ist.

**164. Versorger**

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Versorgung wahrnimmt.

**165. Versorgung**

Der Verkauf einschließlich des Weiterverkaufs von Erdgas, einschließlich verflüssigtem Erdgas, an Kunden.

**166. Verteilergebiet**

Der in einem Marktgebiet von Verteilernetzen abgedeckte, geographisch abgegrenzte Raum.

**167. Verteilerleitungsanlagen**

Erdgasleitungsanlagen zum Zwecke der Verteilung.

**168. Verteilernetzbetreiber**

Eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die die Funktion der Verteilung wahrnimmt und verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Verteilung von Gas zu befriedigen.

**169. Verteilung**

Der Transport von Erdgas über örtliche oder regionale Leitungsnetze zum Zweck der Belieferung von Kunden, jedoch mit Ausnahme der Versorgung

**170. Vertikal integriertes Erdgasunternehmen**

Ein Erdgasunternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, in der ein und dieselbe(n) Person(en) berechtigt ist (sind), direkt oder indirekt Kontrolle auszuüben, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe von Unternehmen mindestens eine der Funktionen Fernleitung, Verteilung, Verflüssigung/Wiederverdampfung (LNG) oder Speicherung und mindestens eine der Funktionen Gewinnung oder Lieferung von Erdgas wahrnimmt.

**171. Vertraglich bedingter Engpass**

Eine Situation, in der das Ausmaß der Nachfrage nach verbindlicher Kapazität die technische Kapazität übersteigt. Siehe auch physischer Engpass.

**172. Verwaltung von Erdgasspeichern**

Der Abschluss von Verträgen mit Dritten über das Zurverfügungstellen von Speicherraum einschließlich der Einspeicherung und Ausspeicherrate.

**173. Virtueller Handelspunkt**

Ein virtueller Punkt in einem Marktgebiet, an dem Erdgas nach der Einspeisung und vor der Ausspeisung innerhalb des Marktgebiets gehandelt werden kann. Der virtuelle Handelspunkt ist keinem physischen Ein- oder Ausspeisepunkt zugeordnet und ermöglicht Käufern und Verkäufern von Erdgas, auch ohne Kapazitätsbuchung Erdgas zu kaufen oder zu verkaufen;

**174. Vorgelagerte Erdgasleitungsanlage**

Eine Erdgasleitungsanlage, welche sich außerhalb des Verteilernetzes, an dem der Ausspeisepunkt angeschlossen ist, befindet und für den Transport des Erdgases zum Ausspeisepunkt benötigt wird.

**175. Vorgelagertes Rohrleitungsnetz**

Rohrleitungen oder ein Netz von Rohrleitungen, deren Betrieb oder Bau Teil eines Erdgasgewinnungs- oder Speichervorhabens ist oder die dazu verwendet werden, Erdgas von einem oder mehreren solcher Vorhaben zu einer Aufbereitungsanlage oder Übergabestation (Terminal) zu leiten; dazu zählen auch Speicherstationen.

**176. Werktag**

Siehe „Arbeitstag“.

**177. Within Day-Kapazität**

Eine Kapazität, die am Liefertag für Teile des Liefertages gebucht werden kann.

**178. Wochenarbeitstag**

Siehe „Arbeitstag“.

**179. Zählergröße**

Nach der Richtlinie der „International Organisation of Legal Metrology“ (OIML) R31 und R32 (G Reihe). Ein Maß für den minimalen und maximalen Durchfluss in m<sup>3</sup>/h.

**180. Zählerregler**

Die unmittelbar vor dem Zähler montierte Druckregeleinrichtung, welche den Druck von Hausanschlüssen auf den Betriebsdruck der gastechnischen Anlage des Kunden (meist 22 mbar) regelt. Einem Zählerregler kann auch ein Hausdruckregler vorgeschaltet sein.

**181. Zählpunkt**

Die Einspeise- und/oder Entnahmestelle, an der eine Erdgasmenge messtechnisch erfasst und registriert wird. Eine Zusammenfassung mehrerer Zählpunkte ist nicht zulässig.

**182. Zählerstand**

Der Zählerstand ist ein Messwert zur Ermittlung der verbrauchten Energiemenge.

**183. Zertifizierte E-Mail Adresse**

Eine E-Mail Adresse, für welche ein elektronisches Zertifikat existiert mit dessen Hilfe E-Mails signiert oder verschlüsselt werden können.